Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kreßin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 175. Halle, Sonnabend den 22. Dezember 1917. 1. Jahrgang.

Verschwörung gegen die Bolschewiki.

Unruhen in Petersburg.

Daily Chronicle meldet aus Petersburg: Die Sowjets veröffentlichen eine Bekanntmachung, wonach sie eine gegen die Bolschewiki gerichtete Verschwörung aufgedeckt haben. Die Belege dafür befinden sich in Händen der Sowjets. Danach haben sich die Kadetten des Versuchs schuldig gemacht, Truppen der Bolschewiki zur Plünderung von Weinkellereien und Alkohollagern zu veranlassen, um die militärische Kraft der Bolschewiki zu lähmen. Die Namen und Adressen der Schuldigen sollen veröffentlicht werden.

Der Secolo vernimmt aus Petersburg, daß seit einer Woche in der Stadt wieder Schüsse gewechselt wurden. Soldaten und Matrosen stürmten Wirtschaften und plünderten Häuser. Täglich gibt es zahlreiche Tote.

Daily Mail meldet aus Petersburg: Die Gemeindebeamten haben mit einem Streik gedroht; nur die Eisenbahnbeamten haben beschlossen, sich dem Streik nicht anzuschließen. Die Kämpfe auf den Straßen dauern an. Gestern wurden wieder plündernde Banden durch das Feuer gepanzerter Automobile auseinandergejagt. Man läuft bei Tag und Nacht Gefahr, auf den Straßen bei den wütenden Schießereien getroffen zu werden. Gestern wurden über 50 Opfer eines Straßenkampfes im Krankenhaus aufgenommen.

Nach den letzten über Petersburg eingetroffenen Meldungen befindet sich Odessa vollständig in den Händen der Ukrainer. Die Rada hat die bisherigen Behörden abgesetzt und die städtische Verwaltung übernommen. Die Post, das Telegraphenamt und die Eisenbahnstation werden von ukrainischen Truppen bewacht. General Jektscheninow ist zum Befehlshaber des Odessaer Militärgerichts ernannt worden, während sein Vorgänger General Marks kassiert wurde. Elf Mitglieder des Stadtrats von Odessa, die den Maximalisten treu blieben, sind verhaftet worden. In der Stadt herrscht große Aufregung, da weitere Kämpfe erwartet werden.

Ueber Haparanda eingetroffene Nachrichten besagen, daß sich der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Kiew mit 36 gegen 20 Stimmen gegen eine weitere Unterstützung der maximalistischen Regierung ausgesprochen hat. Der Ausschuß nahm den Beschluß an, daß sich der Sowjet der Bewegung Kaledins und Kerenskis wieder anschließe.

Matin meldet aus Petersburg: Vor Kiew sind maximalistische Heerhaufen eingetroffen. Die ukrainische Separatregierung ist mit den bei ihr befindlichen ausländischen Vertretern aus Kiew abgereist.

Rußkoje Slowo berichtet, daß in dem von den Tataren bevölkerten Gouvernement Kasan zahlreiche blutige Zusammenstöße zwischen Bauern und Tataren stattfanden. In einem Dorfe wurden allein in einem Kampfe 40 Tataren getötet.

Wie die russische Zeitung Narod berichtet, steht an der Spitze der in Tomsk konstituierten sibirischen Regierung der 83jährige geographische Forscher Potanin. Die sibirische Regierung beschloß, die Regierung der Volkskommissäre weder anzuerkennen, noch mit ihr in irgendwelche Verbindung zu treten. Lenin ernannte seinen Mitarbeiter Murajew zum Statthalter von Sibirien.

Der Berichterstatter der Times schreibt aus Petersburg: Von einem politischen Umschwung ist in den Großstädten wenig zu spüren. Lenin sitzt fest im Sattel. Seine Bemühungen sind gegenwärtig in der Hauptsache darauf gerichtet, der öffentlichen Unsicherheit, besonders im Straßenverkehr, ein Ende zu machen. Der Bürgerkrieg in Südrußland dehnt sich allerdings immer noch aus, aber es handelt sich dabei hauptsächlich um innerpolitische Parteifragen.

In einer Unterredung mit dem französischen Botschafter lenkte Trotzki die Aufmerksamkeit des Botschafters auf die peinliche Lage der französischen Offiziere in der Ukraine. Trotzki fand es unmöglich, daß französische Offiziere mit der Rada Beziehungen unterhalten, welche die Truppen des Sowjet entwaffnet und die die gegenrevolutionären Kniffe Kaledins unterstützt. Der Botschafter bemerkte: Alle französischen, den Missionen in Rußland zugeteilten Offiziere hätten den ausdrücklichen Befehl erhalten, in jedem Fall durchzuhalten und sich nicht in innere politische Kämpfe einzumischen. Ferner wurde die Frage des Austausches der diplomatischen Kuriere mit Rußland und Frankreich erörtert und eine befriedigende Lösung erreicht.

*

Amsterdam, 22. Dezember. Die Times melden, daß Kaledin am 15. Dezember in Rostow nach einem sechstägigen Kampfe eingezogen sei, wobei die Rote Garde 300 Tote und 1000 Verwundete hatte. Die Führer der Bolschewisten eilten an Bord der Schiffe der Schwarz-Meer-Flotte und sie versuchten, das Meer zu erreichen. Dabei fuhr der Kreuzer Kolchilda auf das Ufer auf. Die Artillerie hinderte das Schiff an weiteren Versuchen, die See zu erreichen. — Morningpost erfährt aus Petersburg: In Taschkent endete der Konflikt zwischen Bolschewiki und Abteilungen der Kosaken und Kadetten der Militärschule mit einem Sieg der Bolschewisten.

Haag, 22. Dezember. Wie verlautet, sind verschiedene Stämme des nördlichen Kaukasus wieder aufständig geworden. Bei der Eisenbahn nach Wladiwostok liegt der Verkehr brach; die meisten Verwaltungsbeamten drohen mit einem allgemeinen Ausstand. Dies würde eine katastrophale Bedeutung haben.

*

Die Antwort der Ukraine auf das bolschewistische Ultimatum.

Reuter meldet aus Petersburg: Der revolutionäre Rat der Ukraine in Petersburg hat im Namen der Regierung der ukrainischen National-Republik auf das Ultimatum der Kommissare der Bolschewiki geantwortet: Wenn die Kommissare und Oberbefehlshaber der Bolschewiki darauf verzichten, sich in die Leitung der ukrainischen inneren Angelegenheiten und der ukrainischen und rumänischen Südwestfront einzumischen, und wenn sie der ukrainischen Republik eine angemessene Vertretung in der künftigen nationalen Regierung Rußlands zugestehen wollen, würde man zu einer Einigung gelangen können. Darauf erwiderten die Kommissare der Bolschewiki, ein Abkommen mit der Rada der Ukraine würde nur möglich sein, wenn diese sofort und unbedingt verspricht, dem Aufstand Kaledins und seiner Kosaken und den Umtrieben der Kadetten jede Unterstützung zu entziehen.

Zu den Friedensverhandlungen.

Nach einer Meldung der Nowa Reforma aus Warschau wurden von den zuständigen polnischen Regierungsstellen Schritte unternommen wegen Zulassung von Vertretern der polnischen Regierung zu den Friedensverhandlungen mit Rußland. Nach Informationen dieses Blattes sollen Graf Czernin und Graf Hertling eine freundliche Haltung einnehmen.

Dem Lyoner Progres zufolge teilte der Ministerpräsident am Montag im Heeresausschuß des Senats mit, daß von der russischen Bolschewistenregierung in den letzten Tagen ein neuer Vorschlag zur Teilnahme an den allgemeinen Friedensverhandlungen bei den Alliierten eingegangen sei.

Mit einer Offenheit, für die man in Rußland dankbar sein wird, enthüllt der Matin, daß der neugeschaffene militärische Rat der Verbandsmächte in Versailles seit mehreren Tagen schon die nötigen Mittel und Wege berät, wie man am besten den mit dem abgeschlossenen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen nicht einverstandenen militärischen Elementen und Heeresteilen in Rußland zu Hilfe eilen kann. Nachdem das Blatt als solche Heeresteile die Truppen Kaledins, zwei tschechisch-slowakische Divisionen und insbesondere die 200 000 Mann genannt hat, an deren Spitze, unterstützt von dem französischen General Rampon, der polnische General Dowbor-Musnicki steht, bemerkt es dazu wörtlich: „Diese Heeresteile scheinen allerdings wenig zahlreich, aber da sie allein fest gegliedert und zum Kampfe bereit sind, verdient ihre Haltung seitens der Verbündeten ernsthafte Beachtung. Unmittelbar bevorstehende Beschlüsse werden unseren Wunsch beweisen, diese Heeresteile in vollstem Maße möglichst zu unterstützen."

Der Reichskanzler hat den Staatsminister Dr. Helfferich zu Anfang dieses Monats beauftragt, die vorbereitenden Arbeiten der einzelnen Ressorts für den wirtschaftlichen Teil der Friedensverhandlungen mit Rußland einheitlich zusammenzufassen. Dr. Helfferich hat diesen Auftrag angenommen. Neuerdings hat der Reichskanzler diesen Auftrag auf die **Gesamtheit der Wirtschaftsfragen** ausgedehnt, die bei den Friedensverhandlungen mit allen gegen uns im Kriege stehenden Staaten zu regeln sein werden.

Aus Sofia wird gemeldet, daß die bulgarischen Delegierten am Mittwoch abend nach Brest-Litowsk abgereist sind, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Justizminister Popoff, der Führer der Delegierten, äußerte sich einem Mitarbeiter des Hirlap gegenüber wie folgt: In der Dobrudscha-Frage vertrete ich restlos den Standpunkt Radoslawows. Die Dobrudscha wurde von der bulgarischen Armee zurückerobert, die Dobrudscha gehört auch zu Bulgarien. Als sicher nehme ich an, daß es gelingen wird, mit Rußland Frieden zu schließen, und ich sehe auch günstige Anzeichen dafür, daß die Ententestaaten auch Rußland bald folgen werden. Mich kann in dieser Ueberzeugung auch eine eventuelle Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Bulgarien nicht erschüttern.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet über ein Gespräch zwischen Trotzki und dem französischen Botschafter Noulens. Auf eine Frage des Botschafters erklärte Trotzki, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk sich jetzt den Friedensbedingungen zuwenden würden. Sie würden den unbeugsamen Willen der revolutionären russischen Regierung bezeugen, einen Frieden zu schließen, der nicht auf Unterwerfung beruhe, sondern Annexionen und Entschädigungen ausschlosse und allen unterdrückten Völkern das Recht der freien Entwicklung sichere. Ein Abweichen von diesen demokratischen Prinzipien würde den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben.

Unentwegte Opposition.

Die Unabhängigen haben im Reichstage in allen wichtigen Fragen gegen die Mehrheit mit den Konservativen zusammengestanden. Dasselbe Schauspiel erlebt man auch jetzt wieder bei den Friedensverhandlungen. Die Unabhängigen müssen eben unter allen Umständen oppositionell sein; ihre Anhänger dürfen nicht erfahren, daß die Entwicklung die unabhängige Politik mit jeder Stunde als falsch erweist. Am Donnerstag hat der Reichskanzler die Parteiführer zu sich entboten, um ihnen die Grundzüge der Friedenspolitik im Osten darzulegen und er hat dabei nach einer längeren Aussprache die grundsätzliche Zustimmung aller Parteien, also auch der Unabhängigen, die der Abg. Haase vertrat, gefunden. Damit haben die Parteien, die Unabhängigen eingeschlossen, sich für einen Sonderfrieden mit Rußland ausgesprochen. Just um dieselbe Zeit, da die Parteivertreter beim Reichskanzler waren, veröffentlichte die Leipziger Volkszeitung einen kleinen Artikel von Kurt Eisner unter der Ueberschrift Notwendigkeiten, in dem es als notwendig bezeichnet wird, angesichts der jetzigen Friedensverhandlungen im Osten folgende Forderungen durchzusetzen:

1. Wiederherstellung der vollkommenen und gesicherten Preß- und Versammlungsfreiheit; Ausschaltung der Militärbehörden aus dem bürgerlichen Rechte.
2. Dauernde Versammlung des Reichstags.
3. Veröffentlichung aller Verträge und diplomatischen Verhandlungen der Zentralmächte, die auf den Krieg Bezug haben.
4. Unzweideutige Feststellung der Kriegsziele der Zentralmächte in allen Einzelheiten.
5. Kein Separatfrieden, der nur den allgemeinen Frieden verhindert.
6. Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und sofortige Neuwahlen.

Der erste Punkt ist auch ohne die Friedensverhandlungen eine allgemeine demokratische Forderung gewesen. Auch die Versammlung des Reichstags hat die sozialdemokratische Partei angesichts der bevorstehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen für unbedingt notwendig erklärt. Gegen die Forderung der Veröffentlichung der Geheimverträge und die Erklärung der Friedensziele der Mittelmächte läßt sich nichts einwenden. Der 5. und der 6. Punkt aber sind echt unabhängige Sonderleistungen. Eisner sagt zu seinen Forderungen, sie seien die Lebensfragen des deutschen wie des internationalen Proletariats, sie stellen, heiße Klarheit gewinnen über die Bedingungen einer ernsthaften und ehrlichen Friedenspolitik, und sie durchsetzen, heiße den Weg zum Frieden gewinnen, der **„gerade für Deutschland nur über die Macht des Proletariats und den Sieg einer sozialdemokratischen Regierung" führe.** Das ist reichlich verworrener unabhängiger Unsinn, und es ist nicht anders als pathologisch zu werten, wenn die Leipziger Volkszeitung ihren Lesern diesen Unsinn vorsetzt. Wenn heute das preußische Abgeordnetenhaus aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden, die unter dem Dreiklassenwahlgesetz vor sich gehen, dann werden beim Fehlen unserer an der Front stehenden Wähler die Wahlen natürlich nur zum Nachteil der Arbeiterklasse ausschlagen. Wie soll aber eine solche Wahl die Macht des Proletariats stärken, die zu dem Siege einer sozialdemokratischen Regierung führen soll? Die Leipziger Volkszeitung, die sonst nicht so faul ist in Anmerkungen zu den Einsendungen ihrer Mitarbeiter, läßt diesen heilloien Unsinn ohne ein kritisches Wort passieren, sie stimmt ihm also wohl nach dem bekannten Sprichworte zu!

Am meisten interessiert uns aber im Augenblicke der fünfte Punkt der Eisnerschen „Lebensforderungen", der die Ablehnung eines Separatfriedens fordert, weil er einen allgemeinen Frieden verhindere. Schon im Dezember 1914 hatte die Leipziger Volkszeitung in einem Artikel Die russische Gefahr sich gegen einen Sonderfrieden mit Rußland gewendet, als Gerüchte über einen solchen umgingen. „Wir sprechen die Hoffnung oder besser die Forderung aus," sagte die Leipziger Volkszeitung, „daß kein deutscher Staatsmann an deutscher verantwortlicher Stelle an eine Anräherung an Rußland denkt." Mit dem völkermordenden Zarismus dürfe kein Frieden geschlossen werden. Die sozialdemokratischen Parteien der westlichen „Demokratien" schätzen die deutsche Regierung nicht anders ein, wie hier die Leipziger Volkszeitung die russische Regierung. Wollte man einen Friedensschluß von den Verfassungsverhältnissen eines feindlichen Landes abhängig machen, dann dürfte erst in Friedensverhandlungen eingetreten werden, wenn diese Verhältnisse nach dem Wunsche des feindlichen Landes umgestaltet worden sind. Dann dürfte auch die bolschewistische Regierung nicht mit den Regierungen der Mittelmächte verhandeln, und dann wäre natürlich nur der Entente gedient und der Krieg so lange verlängert, bis es den Westmächten einfiele, an Friedensverhandlungen zu denken. Im Dezember 1914 hat deshalb auch die Leipziger Volkszeitung mit ihrer Auffassung, daß mit dem zaristischen Rußland kein Frieden geschlossen werden dürfe, in Parteikreisen ganz allein gestanden; die deutsche Sozialdemokratie stellte sich auf den ganz selbstverständlichen Standpunkt, den die deutsche Regierung jetzt auch gegenüber Rußland einnimmt, daß uns die inneren Verhältnisse Rußlands nichts angehen, und daß wir Frieden schließen müssen, wenn wir ihn haben können, nicht im Interesse der Regierungen, sondern im Interesse der Völker. Auch Ende 1914 hätte ein Sonderfrieden mit Rußland zu einer wirtschaftlichen Wieder-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171222-16/fragment/page=0001

annäherung zwischen Rußland und den Mittelmächten führen müssen, was nur im Interesse beider Teile gelegen hätte. Die Entwicklung der Industrie in Rußland aber hätte natürlich auch die Entwicklung des russischen Proletariats mächtig gefördert und der Demokratie den Weg bereitet zum schließlichen Sieg, der nun durch den Zusammenbruch Rußlands infolge des Krieges gekommen ist.

Die Aussicht, daß ein Sonderfriede mit Rußland nur ein Hindernis sei für einen allgemeinen Frieden, war bis in die letzte Zeit nicht nur bei den Unabhängigen, sondern auch bei der Sozialdemokratie ebenso vorherrschend, wie bei den russischen revolutionären Regierungen. Aber die unbedingte Ablehnung durch die Westmächte, an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilzunehmen, ließ im Interesse Rußlands und der Mittelmächte gar keine andere Möglichkeit, als in Friedensverhandlungen einzutreten. Und es ist bezeichnend, daß der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Trotzki, von den deutschen Unterhändlern noch in den letzten Tagen aufgefordert worden ist, den feindlichen Regierungen die ausdrückliche Einladung der Mittelmächte zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu übermitteln. Es liegt also weder an der gegenwärtigen russischen, noch an den Regierungen der Mittelmächte, wenn es nicht zu allgemeinen Friedensverhandlungen gekommen ist. Die Unabhängigen sind nun aber einmal ausgemachte Querköpfe, die sich fortgesetzt in Widersprüchen bewegen, weil ihr einziger Grundsatz eben nur der ist, unter allen Umständen Opposition zu treiben. Es ist deshalb bemerkenswert, daß sich Ledebour schon im Oktober dieses Jahres, also vor dem Aufstand der Bolschewiki, im Hauptausschuß des Reichstages für einen Sonderfrieden mit Rußland ausgesprochen hat, weil (!) Rußland jetzt eine demokratische Regierung habe. Es ist natürlich, wie wir gezeigt haben, Unsinn, den Eintritt in Friedensverhandlungen abhängig zu machen von den Verfassungsverhältnissen eines gegnerischen Landes. Wir im Deutschen Reiche haben die innere Demokratisierung um unserer selbst willen verlangt, und nicht weil es unsere Kriegsgegner verlangen, und von diesem Grundsatze aus hat auch die deutsche Regierung sich auf den verständigen Standpunkt gestellt, daß uns die inneren Verhältnisse Rußlands nichts angehen. Kurt Eisner ist mit auch durch die Teilnahme Haases an den Besprechungen beim Reichskanzler und durch dessen grundsätzliche Zustimmung zu den Ausführungen des Reichskanzlers über den Sonderfrieden mit Rußland mit seiner Forderung der Ablehnung eines Sonderfriedens angeführt worden. Das hindert aber die Leipziger Volkszeitung in ihrem grundsätzlichen Zickzackkurs, dieser selbstverständlichen Erscheinung einer unentwegten Opposition, nicht, Eisner in seiner Forderung der Ablehnung des Sonderfriedens durch schweigende Wiedergabe einfach zuzustimmen.

*

Trotzki über den Sonderfrieden.

Stockholms Politiken veröffentlichte vor einigen Tagen ein Interview des schwedischen Sozialistenführers Höglund mit Trotzki. Trotzki erklärte, Waffenstillstand bedeutet keinen Sonderfrieden, sondern nur die Anbahnung. „Nun ist es die Sache der Arbeitermassen in den Ententeländern, uns aus der Gefahr eines Separatfriedens herauszuführen. Ein Separatfrieden ist aber trotzdem möglich. Falls aber Rußland darauf ausginge, um jeden Preis einen Separatfrieden zu vermeiden, wären wir bloße Knechte von Lloyd George und Clemenceau und hätten keinen Grund gehabt, Kerenski zu stürzen. Trotzki fuhr fort: „Während der Friedensverhandlungen in diesem Monate kommt der kritische Zeitpunkt in der Geschichte dieses Krieges. Ich glaube jedoch, daß der Krieg bereits durch die zweite russische Revolution getötet ist, und daß wir nunmehr die Aufgabe haben, seine Leiche zu begraben. Waffenstillstand und Frieden sind nun für uns eine Waffe gegen das gegenrevolutionäre Bürgertum. Das ganze Volk versteht, daß ein Sieg der Bourgeoisie unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur Kriegsverlängerung bedeuten müßte, es sei denn, die Bourgeoisie wäre gezwungen, Frieden zu schließen. Da aber die kadettische Regierung nicht die gleiche Autorität beim deutschen Volke und anderen Völkern haben dürfte, so würde zweifellos ein von der Bourgeoisie geschlossener Sonderfrieden für das Land erniedrigend und ruinierend sein."

Eine bessere Widerlegung des der Leipziger Volkszeitung von Eisner suggerierten Unsinns, daß ein Sonderfriede zwischen den Mittelmächten und der Bolschewikiregierung kriegsverlängernd wirke, kann wohl nicht gegeben werden. Es ist in der Tat richtig, wenn Trotzki sagt, daß die Vermeidung eines Separatfriedens um jeden Preis Rußland nur zu Knechten der Entente machen würde, und daß es dann nicht nötig gewesen wäre, Kerenski zu stürzen. Im übrigen hoffen wir, daß Trotzkis Meinung zutreffen werde, daß den Kriege durch die zweite russische Revolution das Genick gebrochen worden ist.

*

Eine Kennzeichnung der Hin- und Hervolitik der Unabhängigen bringt auch die Bremer Arbeiterpolitik, das Organ des äußersten linken Flügels. Das Blatt nennt es eine dringende Notwendigkeit, daß die Linksradikalen sich von den Unabhängigen trennen und eine eigene entschlossen revolutionäre Partei bilden. „Wir können nicht glauben", schreibt das Blatt, „daß sie (die linksradikale Gruppe) sich identifiziert mit dem jämmerlichen Versagen eines Dittmann, mit den Erklärungen Haases zur russischen Revolution, mit der Haltung der Fraktion in der Kieler Affäre und neuerdings mit der Rede Ledebours zur Kreditverweigerung." Die Linksradikalen müßten sich öffentlich von den pseudosozialistischen Unabhängigen lossagen: „Heute gebietet die internationale Lage die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei als dringendste Notwendigkeit."

Die Zukunft Afrikas.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf, hat gestern in der Philharmonie in Berlin vor einem zahlreichen Publikum einen Vortrag über die Zukunft Afrikas gehalten. Wolffs Telegraphen-Bureau berichtet darüber:

Der Staatssekretär ging davon aus, daß in allen Lagern der Kriegführenden als letztes Kriegsziel die Erreichung eines dauerhaften Friedens besteht; nur sind die Meinungen über den Weg zu diesem Ziele noch verschieden. Für Deutschland wird die Sicherstellung seiner kolonialen Zukunft dabei eine große Rolle spielen. Das koloniale Problem ist unlösbar, wenn die Mächte an die Gesamtordnung der Dinge nicht in einem Geiste heranireten, der einen Frieden der gerechten Zufriedenstellung schaffen will. Die Wiederherstellung des status quo ante in Afrika kann zu einer Beruhigung der internationalen Beziehungen auf kolonialem Gebiete nicht führen. Der status quo ante in Afrika bedeutet nicht eine Verteilung nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, nicht eine Verteilung unter Berücksichtigung der Notwendigkeit und Fähigkeit der einzelnen Nationen zu kolonialer Betätigung, sondern beruht nur auf den Zufälligkeiten, die aus einer Jahrhunderte zurückliegenden, von anderen Voraussetzungen getragenen Kolonialgeschichte oder aus der Unternehmungslust einzelner tatkräftiger Männer entstanden sind. Diese Zufallsentwicklung hat dazu geführt, daß vor dem Krieg Portugal, Belgien und Frankreich in Afrika große koloniale Gebiete besaßen, ohne die wirtschaftliche und kulturelle Expansivkraft und ohne den Bevölkerungszuwachs oder die finanzielle Leistungsfähigkeit, die Voraussetzung für die zukünftige koloniale Mitarbeit in Afrika sind. Auch England hat sich in Afrika Gebiete angeeignet, die bei Berücksichtigung seines ungeheuren Landbesitzes in anderen Erdteilen über sein wirtschaftliches Bedürfnis hinausgehen, während Deutschland, das infolge seiner Bevölkerungszunahme und industriellen Rosianfkeit auf Kolonien angewiesen ist, auf erheblich kleinere, verstreut liegende Besitzungen beschränkt blieb. Diese Mißverhältnisse müssen ausgeglichen werden, wenn ein dauernder Frieden auf der Grundlage gerechter Zufriedenstellung erreicht werden soll.

Der Staatssekretär lehnte für die notwendige Neuregelung in Afrika ein Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Rasse oder eine Internationalisierung Afrikas ab und verlangte eine Neuverteilung nach den dargelegten Gesichtspunkten. Das Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Rasse würde zu chaotischen Zuständen in Afrika führen. Der Staatssekretär nahm den in dem Worte „Selbstbestimmungsrecht" liegenden Gedanken aber in dem Sinne an, daß den Eingeborenen ein „Selbstzweckrecht" zugesprochen ist, daß sie nicht nur Mittel, sondern Selbstzweck der kolonialen Betätigung sein müssen.

Von den heute in England am Ruder stehenden Knock-out-Politikern allerdings kann eine Verständigung auf der dargelegten, gerechten Grundlage nicht erwartet werden. Diese Knock-out-Politiker haben an Stelle der alten, bewährten englischen Kolonialmethoden ein System der Eingeborenenverhetzung und -Mißhandlung, der Vergewaltigung des freien Handels, der Herabsetzung der weißen Rasse vor den Schwarzen und der Militarisierung Afrikas gesetzt, das für die weitere Entwicklung Afrikas verhängnisvoll sein muß. Der Staatssekretär wies unter Ablehnung der gegenseitigen Greuelschnüffelei die englische Greuelpropaganda zurück, die, wie in Europa mit dem Vorwurf der Leichenverwertung, so auch in Afrika mit bewußten Verleumdungen arbeitet. In unterrichteten, englischen Kolonialkreisen, in denen die deutschen Kolonialmethoden vor dem Kriege anerkannt wurden, wird dieser Verleumdungsfeldzug auch entsprechend beurteilt; diese Kreise sind ist heutigen England aber unmöglich geworden. Wir haben eine Abstimmung der Schwarzen in vielen afrikanischen Kolonien nicht so zu scheuen wie die Engländer in Ceylon, Ostindien und Singapore, wo während des Krieges ein furchtbares Blutregiment an der Arbeit war. Die zukünftige Zusammenarbeit in Afrika muß zurückgreifen auf die in der Berliner Kongoakte niedergelegten Grundsätze der Handels- und Schiffahrtsfreiheit, der Bekämpfung des Sklavenhandels und der Neutralisierung Afrikas. Wenn diese Grundsätze im Kriege zusammengebrochen sind, so ist die Schuld daran nur auf der Gegenseite, in erster Linie bei England zu suchen. Diese Grundsätze müssen vervollständigt werden durch Vereinbarungen über die Schaffung großer, gemeinschaftlicher Verkehrsstraßen und über die gemeinsame Bekämpfung von Volksseuchen, wie z. B. der Schlafkrankheit. Deutschland wird sich einer internationalen Zusammenarbeit in diesem Sinne in Afrika nicht versagen.

Solange die jetzige Gesinnung in England aber anhält, bleibt die Hoffnung auf einen gemeinsamen Aufbau der kolonialen Zukunft eine Utopie. Die verlorenen ideellen Werte in Afrika können nur wiedergewonnen werden: wenn ein Umschwung in der Auffassung gemeinsamer kolonialer Aufgaben eintritt. Dieser Umschwung wird und muß auch in England kommen. Denn die Knock-out-Politiker können sich nur unter einer Voraussetzung halten, daß sie nämlich ihr Versprechen erfüllen, uns militärisch niederzuringen und dem deutschen Volke einen englischen Frieden zu diktieren. Wenn diese englischen Illusionen zusammengebrochen sein werden, wird sich auch wieder die Aussicht auf eine Zusammenfassung der besten Kräfte Europas für eine glückliche Entwicklung Afrikas eröffnen.

*

Diese Ausführungen des Leiters des deutschen Kolonialamtes sind wenig geeignet, die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden auch mit England zu stärken. Die Verwirklichung seines Programms hat vielmehr noch schwere Kämpfe mit der Entente und einen für die Mittelmächte günstigen Ausgang zur Voraussetzung.

Neues zur Weltlage.

Einer Londoner Meldung zufolge wird in ganz England die Internierung der Russen fortgesetzt. Die von Amerika nach Rußland zurückreisenden Russen müssen in England bleiben. Amerika gestattet jetzt keinem einzigen Russen mehr, Amerika zu verlassen.

Verschiedene Stockholmer Blätter, darunter das Dagblad, treten für eine schwedische Interventionen mit bewaffneter Macht ein, um in Finnland die gesetzliche Ordnung wieder aufzurichten und die Lebensmittelorganisation sicherzustellen. Dieses Eingreifen müßte mit Genehmigung der beiden kriegführenden Mächtegruppen und dem Einverständnis der Staatsverwaltung Finnlands geschehen.

Clemenceau gab bei einem Zeugenverhör vor dem Elsener-Ausschuß Erklärungen ab, die über den Rahmen des Caillaux-Prozesses weit hinausgehen. Clemenceau sagte: Man wird nicht behaupten können, daß ich mein Portefeuille von Poincare gefordert habe; ich wäre etatos, hätte ich es damals abgelehnt, die Regierung zu übernehmen. Die Lage war ernst, vielleicht ernster als man glaubte. Ich habe es übernommen, um das, was man versäumte, nachträglich zu tun. Ich mußte den Krieg unter Verhältnissen führen, die uns schwere Monate bringen werden; ich übernehme die ganze große Verantwortung. Ich könnte Ihnen unendlich viel Beispiele erzählen, wie die Leute aus der Front zu mir kommen und mir Dinge sagen, die ich nicht einmal hier wiedergeben kann.

Laut Messaggero hat die republikanische parlamentarische Gruppe in der italienischen Kammer eine Tagesordnung eingebracht, in der eine parlamentarische Untersuchung zur Feststellung der militärischen und politischen Verantwortlichkeiten betreffend die feindliche Invasion in das Trentino im Jahre 1916 sowie den Rückzug der italienischen Truppen vom Isonzo verlangt wird.

Die Daily News erfahren aus Lissabon: Der Kriegszustand in Portugal ist aufgehoben. Die noch im Lande befindlichen einverufenen Reservejahrgänge werden nach und nach entlassen.

Am Donnerstag ist in Bukarest der erste Zug mit ungefähr tausend Angehörigen der Mittelmächte eingetroffen, die von der rumänischen Regierung während des Krieges nach der Moldau verschleppt worden waren. Die Rückkehr erfolgte durch die Front. Weitere Rücktransporte folgen in zweitägigen Abständen. Die Zurückgekehrten werden vorerst in Seuchensperrlagern drei Wochen zurückgehalten, um die Verschleppung von Krankheiten zu vermeiden.

Eine unglaubliche Behandlung russischer Soldaten in Frankreich.

Der Frankfurter Zeitung wurde gemeldet: Bei den letzten Kämpfen auf dem Coldella Beretta östlich der Brenta wurde ein in italienische Uniform gekleideter Russe gefangen, der bei seiner Vernehmung aussagte, er habe dem in Frankreich kämpfenden russischen Expeditionskorps angehört, das nach Ausbruch der Revolution die weitere Teilnahme an den Kämpfen verweigerte. Die Franzosen versuchten zunächst mit den schärfsten Mitteln, sich Gehorsam zu verschaffen und gingen sogar so weit, an einem Tage etwa 1000 russische Soldaten durch Maschinengewehrfeuer hinzurichten. Schließlich sahen sie ein, daß von derart behandelten Bundesgenossen eine aktive Mitarbeit nicht mehr zu erwarten sei und zogen das Expeditionskorps in die Etappe zurück. Statt der von Trotzki geforderten Heimsendung wurden die Russen nach dem italienischen Zusammenbruch an die Südwestfront transportiert, wo sie in italienische Uniformen eingekleidet wurden. Die Gefangennahme des erwähnten Mannes dient als Beweis, daß die Russen in vorderster italienischer Linie Verwendung finden.

Kritische Lage in Italien.

Der italienische Berichterstatter der Neuen Züricher Nachrichten berichtet seinem Blatte: Die extreme Sozialdemokratie sei heute moralische Herrin der Lage. Die Siegesberichte des Generalissimus Diaz lassen das Volk um so kälter, als auch aus ihnen hervorgeht, daß die Armee des Marschalls Conrad unaufhaltsam gegen die Ebene vordringt.

In ersten bürgerlichen Kreisen wirft man jetzt Giolitti vor, daß er zu spät die Führer zu einem politischen Frontwechsel ausgestreckt habe. Es ist etwas Ungeheuerliches im Anzug, was jeden Augenblick hereinbrechen kann und man spricht von einem drohenden politischen sozialen allgemeinen Zusammensturz. Das Parlament hat jede Bedeutung in der öffentlichen Meinung verloren. Es bereiten sich schlimme und schlimmste Dinge in Italien vor.

Holländische Stimmen zur Rede Lloyd Georges.

Amsterdam, 21. Dezember. (Telunion). Die Tyd schreibt über die geistige Rede Lloyd Georges: Die große, gestern von Lloyd George gehaltene Rede war eine innerhalb der Grenzen des Weinerlichen gehaltene Jeremiade über Englands Nahrungsmittelschwierigkeiten, über die Untätigkeit der russischen Armee zu Anfang dieses Jahres, über den Zusammenbruch der Militärmacht dieses nun fast zum Feinde gewordenen Bundesgenossen, über Italiens Niederlage und über die dadurch für die übrigen Ententebundesgenossen viel schwieriger gewordene Position. Der Ton Lloyd Georges Rede war ein ein mürrische Schicksung ins Unvermeidliche und doch zugleich auf den hartnäckigen Willen zum Durchhalten gestimmter. Wir lasen, daß der Minister dann und wann Beifall hatte, doch der überschwengliche Enthusiasmus, wodurch seine Reden vor einiger Zeit unterbrochen zu werden pflegten, blieb diesmal aus, und zu einem übermäßigen Jauchzen lag kein Grund vor.

Nieuws van den Dag schreibt: Viel Neues finden wir in dieser Rede nicht. Sie beginnt mit einer pessimistischen Betrachtung über den Mangel an Lebensmitteln, nicht so sehr in England als vielmehr bei den Bundesgenossen, wodurch jedoch England gezwungen wird, sich neue Entbehrungen aufzuerlegen. Zum Schluß hat Lloyd George merkwürdige Dinge über das Kriegsziel gesagt.

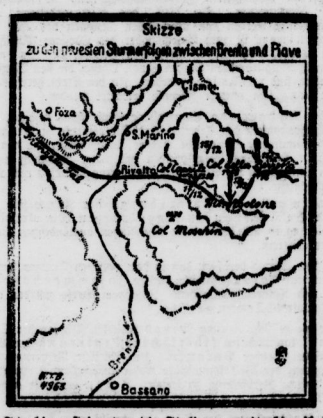
Der Telegraaf schreibt: Die jüngste Erklärung Lloyd Georges atmet keine Freude, im Gegenteil kündigt sie die äußerste Anspannung aller Kräfte der englischen Nation an, den Krieg fortzusetzen und zu gewinnen.

Der Krieg im Westen.

In Flandern setzte am 20. Dezember von 1 Uhr nachmittags an südlich Becelaere stetig anwachsendes Artilleriefeuer ein, das bis in die späten Abendstunden anhielt. Eine feindliche Patrouille wurde östlich Paschendaele im Handgranatenkampf abgewiesen, während südlich des Hollebeke-Kanals von uns 7 Australier als Gefangene eingebracht wurden. Südlich Polhinghe wurde ein feindlicher Fesselballon brennend zum Absturz gebracht.

Im Artois war die Kampftätigkeit bei Nebel und leichtem Schneefall gering. Südlich der Bahn Lille—Armentieres und nordwestlich Lens holten unsere Patrouillen Gefangene aus den feindlichen Gräben. Während der Nacht war das Feuer nur zeitweise südlich der Lys gesteigert. Oestlich Armelles wurden zwei feindliche Patrouillen verjagt. Westlich Cambrai verhinderte das unsichtige Wetter größere Tätigkeit der Alliierten. Nur beiderseits der Straße Arras—Cambrai lag lebhafteres Feuer schwerer Kaliber auf rückwärtigen Ortschaften. Die Nacht über hielt das Fernfeuer an.

Außer den bei Hirzbach nach einem erfolgreichen Unternehmen eingebrachten 31 Franzosen wurde noch ein Maschinengewehr erbeutet.



In Italien steigerten die Italiener weiterhin ihre ungeheuren blutigen Verluste durch siebenmaligen vergeblichen Ansturm gegen die von den österreichisch-ungarischen Truppen genommenen Höhen westlich von Monte Asolone und in dreimaligem erfolglosem Angriff gegen den Monte Pertics. Ebensowenig gelang ein italienischer Angriff am Monte Solarolo.

Der Krieg zur See.

U-Boot-Beute im Monat November.

Berlin, 21. Dezember. (Amtlich.) Im Monat November sind an Handelsschiffsraum insgesamt

607 000 Br.-R.-T.

durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt worden. Seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind damit

8 256 000 Br.-R.-T.

des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 21. Dezember. (Amtlich.) 1. Im Mittelmeer sind elf Dampfer und fünf Segler mit über 63 000 Br.-R.-T. durch unsere U-Boote versenkt worden. Unter den vernichteten Schiffen waren zwei sehr große Dampfer, die im östlichen Mittelmeer aus Geleitzügen herausgeschossen wurden, ferner die bewaffneten eng-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171222-16/fragment/page=0002

lischen Dampfer „Clan Macceagoodale", 5121 Tonnen, und „Cordoba", 5700 Tonnen. Ein im westlichen Mittelmeer persönlicher Transporter hatte Munition oder Explosivstoffe als Ladung, die auf der gewaltigen Detonation, die auf dem Treffer folgte, geschlossen werden konnte. An den erzielten Erfolgen hat Kapitänleutnant Kraft besonderen Anteil.

2. Eines unserer Untersee-Boote hat am 10. Dezember die Bahnanlagen von Porto (italienische Südwestküste) und zahlreiches rollendes Material mit gutem Erfolge beschossen. Nach einer Stunde konnte auf zehn Seemeilen Entfernung ein starker Brand beobachtet werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Frankreich und Rußland.

Man schreibt der Deutschen Orient-Korrespondenz: In keinem uns feindlichen Lande ist die Enttäuschung und der Schmerz über Rußlands Abfall von seinen Verbündeten so groß, wie in Frankreich. Man hütet sich allerdings wohlweislich, die Leninsche Regierung auch jetzt noch mit den Beleidigungen zu bedenken, wie sie nach erfolgtem Sturz des Regimes Kerenskis an der Tagesordnung war. Von der „Bande von Verrätern" liest man heute nicht mehr in der französischen Presse, nachdem man erkannt hat, daß die ganz überwiegende Masse des russischen Volkes hinter dieser „Bande" steht. Diese Erkenntnis muß allerdings in Frankreich nachdenklich stimmen, denn sie beweist, wie wenig das französisch-russische Bündnis, auf dem die ganze Revancheidee Frankreichs beruhte, im russischen Volk Wurzel geschlagen hatte. Auch Anklagen wegen Bruchs des Bündnisvertrages werden im allgemeinen in den großen Pariser Zeitungen nicht erhoben; sie dürften auch bei der Leninschen Regierung wenig Eindruck machen, da sie sich in keiner Beziehung verpflichtet fühlt, Verträge und Verbindlichkeiten aus der Zeit des Zarentums als für sie bindend zu betrachten. Auch die Sorge um Frankreichs Milliarden, die in russischen Anleihen stecken, kommt verhältnismäßig wenig in der französischen Presse zum Ausdruck. Was in dieser Beziehung die Zukunft bringen wird, ist noch völlig ungeklärt, und darum liegt auch einstweilen kein Grund vor, das neue Rußland auf die Einhaltung seiner finanziellen Verpflichtungen zu drängen.

Aber an Ratschlägen für den entschwindenden Verbündeten sind die französischen Zeitungen überreich. Nur sind die Mittel, die dabei zur Anwendung gelangen, zu durchsichtig und zu plump, um in Rußland Eindruck zu machen. Inzwischen haben die Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk bereits ihren Anfang genommen, und Deutschland hat damit der Leninschen Regierung den Beweis geliefert, daß sie über ihre Legitimation zu einer Vertretung des russischen Volkes und über ihre Zukunft eine andere Meinung hegt wie unsere Gegner, die der „Bande von Verrätern" auch heute noch die offizielle Anerkennung verweigert.

Im übrigen sollte Frankreich aus den Ereignissen des letzten Jahres gelernt haben, daß es fremden Einflüssen in Rußland keineswegs ganz leicht ist, Revolutionen nach Bedarf hervorzurufen. Von dem Augenblick an, wo das russische Volk die Regierung seiner Geschicke selbst in die Hand genommen hatte, versagten die Mittel, mit denen England und Frankreich während dieses Krieges in mehreren Ländern beachtenswerte Erfolge erzielt haben. Man kann Staatsmänner und Parteiführer durch Bestechung dazu bringen, ihr Vaterland fremden Interessen zu opfern. Hierfür hat der Krieg ausreichendes Beweismaterial geliefert. Aber einem Volk von über 100 Millionen gegenüber versagt dies Mittel vollkommen. Das mußte zu seinem Leidwesen Herr Buchanan erfahren, dessen diplomatischer Einfluß in Petersburg nur solange reichte, als Rußlands Geschicke noch von einer kleinen Minderheit gelenkt wurde, auf die Einfluß zu gewinnen ein Scheckbuch von angemessenem Umfang ausreicht.

Es wird also Frankreich niemals gelingen, in Rußland Befürchtungen vor einer Gegenrevolution durch deutsche Einflüsse zu erwecken. Deutschlands Ziele gehen nicht weiter, als bis zur Erreichung eines gerechten Friedens und zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen, wie sie vor dem Kriege mit dem östlichen Nachbarreich bestanden. Diese Ziele können mit der Leninschen Regierung genau so gut erreicht werden wie mit jeder anderen. Frankreich allerdings wird, falls die Maximalisten und die ihnen nahestehenden Parteirichtungen die Leitung der russischen Politik in Händen behalten, keine Aussicht haben, wieder mit Rußland Beziehungen anzuknüpfen, wie sie vor dem Kriege bestanden. Denn Rußland wird auf Jahrzehnte hinaus als Lehre des Weltkrieges nicht vergessen, daß es Millionen seiner Söhne und Milliarden seines Volksvermögens nur für fremde Rechnung geopfert hat.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Vorwärts verboten!

Durch das Oberkommando in den Marken ist das Erscheinen des Vorwärts auf drei Tage verboten worden.

*

Leipziger Märchen.

Die Leipziger Volkszeitung glaubt immer noch den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen und den Frieden zu fördern, wenn sie die sozialdemokratische Partei möglichst oft und so heftig als irgendmöglich ankrakelt. Dabei opfert sie mir auffällig viel Raum. Das ist in der Zeit größter Papiernot immerhin eine bemerkenswerte Ehrung. Da ich weder Zeit noch Neigung habe, mit der Leipziger Volkszeitung Zwiesprache zu halten, muß ich mich damit begnügen, hin und wieder einmal auf besondere Leistungen hinzuweisen. Nach meiner Rückkehr von einer größeren Reise kamen mir zwei Ausschnitte der Leipziger Volkszeitung zu Gesicht, die wiederum mir brüderlich gewidmet waren.

Nr. 1 in der Ausgabe vom 17. Dezember hatte die Leipziger Volkszeitung geschrieben, daß dem Abg. Haase ein vom 4. Dezember datiertes Telegramm folgenden Inhalts aus Stockholm zugegangen sei:

Heute Erzbrehirf absende ihnen Protest gegen Scheidemannsche Erklärung Reichstag betreffend Bolschewiki—Orlowsky.

Die Leipziger Volkszeitung fügte hinzu, daß der Abg. Haase auf den Empfang des Briefes immer noch warte. Ich bedaure sehr, daß es in dieser Beziehung dem Abg. Haase nicht besser geht als mir. Ich kann von vielen Briefen, die mich nie erreichten, berichten.

Doch zur Sache selbst: Das Telegramm Orlowsky ist am 4. Dezember in Stockholm aufgegeben worden. Meine Erklärung, auf die darin bezug genommen wurde, ist im Reichstage erst am 2. Dezember abgegeben worden, so daß zur Zeit der Absendung des Telegramms nur vollkommen ungenügende telegraphische Berichte in Stockholm vorliegen konnten. Ich habe in Stockholm von dem an Haase abgegangenen Brief auch gehört und bedaure sehr, daß die Leipziger Volkszeitung bisher nicht in die Lage gekommen ist, ihn in seinem vollen Wortlaut abzudrucken. Mir ist nämlich gesagt worden, daß in dem Brief der Abg. Haase gebeten wird, weil er in jener Reichstagssitzung die Auseinandersetzung provoziert habe.

Nr. 2. In ihrer Nr. vom 19. Dezember erzählt die Leipziger Volkszeitung ihren Lesern etwas über den „geheimnisvollen Scheidemann". Sie knüpft an an einen Bericht der Londoner Times über meinen Besuch in Stockholm. In diesem Bericht heißt es u. a.:

„In seiner Wohnung unterhandelte jetzt auch Scheidemann mit dem Delegierten der Bolschewiki Worowski. Scheidemann gab sich alle Mühe, seinen Aufenthalt in Stockholm geheimzuhalten, und sprach weder mit Branting, noch mit irgendeinem Mitglied des holländisch-skandinavischen Komitees."

Daß ich mit dem Genossen Worowski, dem offiziellen Vertreter der Bolschewiki, in Stockholm gesprochen habe, ist richtig. Ich freue mich, in ihm einen ebenso klugen wie angenehmen Menschen kennen gelernt zu haben. Daß ich mit Branting nicht gesprochen habe, ist auch richtig — es war leider nicht möglich, weil unser Genosse bald nach der Uebernahme des Ministerpostens schwer erkrankte und weit von Stockholm zur Erholung weilte. Dagegen habe ich mit dem Sekretär des Internationalen Bureaus, dem Genossen Camille Huysmans, eingehend gesprochen.

Die Leipziger Volkszeitung geht in Anlehnung an den Bericht des englischen Imperialistenblattes dann zu einer sehr niedlichen Verdächtigung über:

„Um diese Mitteilung vollauf würdigen zu können, muß man wissen, daß den unabhängigen Sozialdemokraten schon vor Scheidemanns Reise die Erteilung von Pässen zur Besprechung mit Vertretern der Boschewiki in Stockholm durch das Auswärtige Amt verweigert worden war mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen mit der russischen Regierung das Eingreifen von Parlamentariern schädlich wirken könne. Auf den Hinweis, daß Dr. Helphand (Parvus) doch Gelegenheit erhalten hätte, nach Stockholm zu fahren, wurde erwidert, daß das Auswärtige Amt nichts damit zu tun hätte.

Als es bekannt geworden war, daß trotz dieser Auskunft der Abg. Scheidemann sich in Stockholm befinde, begaben sich die beiden Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 14. Dezember auf das Auswärtige Amt, um nunmehr für sich und drei andere Parteigenossen gleichfalls die Pässe zu verlangen. Es wurde ihnen schließlich abermals die Auskunft, der Staatssekretär müsse es bei seiner ersten Entscheidung bewenden lassen, da in diesem Stadium der Verhandlungen das Eingreifen von Parlamentariern schädlich sei. Als Beispiel wurde angeführt, auch Herr Erzberger oder Graf Westarp würden keine Pässe bekommen. Auf die Frage, wie sich diese Auskunft mit der Mission Scheidemanns vereinbaren lasse, wurde erwidert, die politische Abteilung des Auswärtigen Amts sei mit der Erteilung von einem Paß an Scheidemann nicht befaßt worden.

Da sonst die Erteilung von Auslandspässen durchweg von der vorherigen Genehmigung durch das Auswärtige Amt abhängig gemacht wird, führt diese Auskunft zu dem Schluß, daß die Herren Helphand und Scheidemann durch irgendeine höchst einflußreiche Regierungsstelle mit einer besonderen Mission zur Beeinflussung der Boschewiki betraut sind."

Von dieser gangen Leipziger Räubergeschichte bleibt aber auch gar nichts übrig, wenn ich folgenden sehr einfachen Tatbestand feststelle: Ich war im Besitze eines Auslandspasses mit einem vor längerer Zeit ausgestellten Sichtvermerk (Visum), der es mir ermöglichte, innerhalb drei Monaten einmal nach Dänemark und Schweden zu reisen. Vor Ablauf des Sichtvermerks beschaffte ich mir das dänische und schwedische Visum und konnte nun ohne weitere Inanspruchnahme des Auswärtigen Amts die Reise unternehmen. Es ist also nichts mit dem „geheimnisvollen Scheidemann" und der „höchst einflußreichen Regierungsstelle". Es bleibt nur die wenig erbauliche Tatsache übrig, daß die Verleumdungssucht der Leipziger Volkszeitung keinerlei Hemmungen unterliegt.

Ph. Scheidemann.

*

Ueberall das Gleiche.

Vor der Bonner Strafkammer standen 13 Landleute aus Hersel, Widdig und Uedorf wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Bohnen; unter anderem stand ein Lieferungsvertrag für den Landkreis Bochum unter Anklage. In seiner Anklagerede gab der Staatsanwalt die Aeußerung einer kürzlich bestraften Frau beim Verlassen des Gerichtssaales wieder: „O, das ist nicht schlimm, daß ich mit 3000 M. bestraft worden bin. 20 000 M. habe ich bei der ganzen Sache verdient, dann kann ich auch gut 3000 M. als Strafe abgeben." Die ganze Gegend des Vorgebirges schwimme gegenwärtig in Geld. Das Gericht verhängte Geldstrafen von 500 bis 1000 M.; obwohl der Staatsanwalt ohne Unterschied 5000 M. beantragt hatte; er teilte auch mit, daß ein Verfahren gegen verschiedene Kommunen schweben, die die Höchstpreisverordnungen nicht beachtet hätten.

*

Der entgleiste Graf.

Uns wird aus Frankfurt a. M. geschrieben:

Eine öffentliche Volksversammlung hatte letzten Sonntag die Vaterlandspartei in Frankfurt a. M. einberufen. Unter den Erschienenen war die Hälfte Gegner der Kriegshetzer. Letztere hatten sich zum Redner den Grafen Bothmer aus München bestellt. Dieser verzapfte die üblichen alldeutschen Kraftmeierphrasen; auch rief er nach mehr Bande für Deutschland, damit die Bauern Rohstoffe für die Textilindustrie erzeugen können. (!?) Der gräfliche Redner forderte nur zu bald den heftigsten Widerspruch der Versammlung heraus, was ihn völlig aus der Rolle fallen ließ. Besonders brachte ihn eine Gruppe Kriegsbeschädigter arg in die Verlegenheit, als sie ihm zuriefen, er solle besser in den Schützengraben gehen, als alldeutsche Hetzreden zu verzapfen. Einer der Kriegsbeschädigten hielt ihm den leeren Aermel hin und rief ihm zu, wieviel Krüppel und Tote denn noch für die vaterländischen Kriegsziele fallen sollten?! Ihm antwortete Bothmer: „Sie Simpel, Sie einfältiger, seien Sie still, Sie verstehen nichts davon!" Diese Beschimpfung ging den Leuten doch über die Hutschnur. Man ließ den Grafen nicht eher weiter reden, bis er die schwere Beleidigung zurücknehmen hatte. Die Unterbrechung hatte mehr als 10 Minuten gedauert. Von diesem Zwischenfall war Graf Bothmer arg betroffen und der Schluß seiner Rede war nur noch ein Gestammel. Sehr enttäuscht verließen die Alldeutschen die jäh beendete Versammlung. Frankfurt ist kein Boden für die Kriegsverlängerer; dazu ist die Arbeiterschaft zu sehr auf der Wacht.

Der deutsche Tagesbericht.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Dezember 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern blieb bei dichtem Nebel die Artillerietätigkeit meist gering. Nördlich von der Straße Ypern-Menin trat am Nachmittage erhöhte Feuersteigerung ein. In erfolgreichem Erkundungsgefecht südlich von Houthulst wurde eine Anzahl Engländer gefangen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Bei Hirzach südlich von Altkirch fielen bei gelungenem Vorstoß in die französischen Linien 31 Gefangene in unsere Hände.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Siebenmal stürmten italienische Kräfte gegen die von österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Tagen erkämpften Höhen westlich vom Monte Asolone, dreimal gegen den Monte Pertica an. Alle Angriffe scheiterten unter schweren Verlusten.

Gleichen Mißerfolg hatte ein feindlicher Angriff am Monte Solarolo.

Lebhaftes Feuer hielt während der Nacht und am frühen Morgen in den Kampfabschnitten an.

(W. T. B.) Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 21. Dezember. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Oestlich der Brenta stürmte der Italiener nach heftiger Artillerievorbereitung siebenmal gegen unsere Linien bei Osteria il Negro, dreimal gegen jene südwestlich des Monte Pertica. Sämtliche Angriffe wurden unter schweren Feindverlusten restlos abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Reichsunterstützung bei der Kohlenversorgung.

Der Bundesrat hat die Gewährung von Reichsmitteln zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung bei der Beschaffung von Kohlen genehmigt.

Hierzu meldet der Berliner Lokalanzeiger: Es handelt sich um den am 12. Oktober im Reichstag eingebrachten Initiativantrag Liesching, betreffend Abänderung des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917, zu dem folgende Entschließung hinzugekommen war: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, aus Mitteln des Reiches über die Dauer des Krieges und bis dem Friedensschluß folgenden Jahres den Betrag von 30 Millionen Mark jährlich den Kommunalverbänden und Gemeinden zur Verfügung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der für ihren Hausbrand erforderlichen Kohlen zur Verfügung zu stellen." Dieser Antrag war von Abgeordneten sämtlicher Reichstagsfraktionen unterzeichnet. Der Bundesrat hat nun beschlossen, daß diese Reichsbeihilfe den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Matrikularbeiträge zu gewähren ist. Die Bundesstaaten ihrerseits nehmen dann die Verteilung der Beihilfen an die Kommunalverbände und die Gemeinden vor.

*

Mehlschiebungen.

Beseitigung, Verkauf und Kauf beschlagnahmten Mehles, Höchstpreisüberschreitung, Kettenhandel und übermäßige Preissteigerung wurde in einer Verhandlung vor dem Landgerichte Chemnitz den Angeklagten zur Last gelegt. Zu verantworten hatten sich der Guts- und Mühlenbesitzer Hachenberger aus Oberlungwitz, der Mühlenverwalter Hetzel aus Frohnsdorf in Sachsen-Altenburg, der Strumpfwirker Geiler aus Hohenstein-Ernstthal und der Kautschukstempelfabrikant Granz, sowie der Kohlenhändler Pierschel, beide aus Chemnitz. Geiler hat etwa 200 Zentner Weizen- und Roggenmehl und Grieß im Schleichhandel in Chemnitz und Hohenstein-Ernsthal an Konditoren — die z. T. schon verhandelt und mit hohen Geldstrafen belegt worden sind —, an Granz und Pierschel zum Weiterverkauf verkauft. 140 Zentner hat ihm Hachenberger zum Preise von 80 bis 90 M. den Zentner geliefert, während der Preis auf 16.60 M. und 20 M. festgesetzt war. Etwa 60 Zentner lieferte ihm Hetzel als Verwalter der Rittergutsmühle in Frohnsdorf (S.-A.) zum Preise von 75 M. bis 100 Mark, während hier für Weizenmehl 20.25 M., für Roggenmehl 16 M. und für Grieß 28 Pf. (für das Pfund) festgesetzt war. Geiler verkaufte die für 80 M. bis 100 M. erworbenen Mehle zum Preise von 150 M. bis 200 M., Granz, der von Geiler kaufte, steigerte die von ihm gezahlten Preise von 150 M. und 160 M. auf 190 M., und Pierschel, der wieder von Granz 30 Zentner Mehl erwarb, gab es an Chemnitzer Konditoren für 205 M. und 250 M. ab. Dabei ist ihm seine Tochter mit behilflich gewesen, die deshalb unter Anklage gestellt wurde. Geiler war im vollen Umfange geständig, die anderen Angeklagten teilweise, mit Ausnahme Hachenbergers, der beharrlich leugnete. Die Verhandlung währte zwei Tage. Es wurden verurteilt der Mühlenbesitzer Hachenberger zu sechs Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, der Strumpfwirker Geiler zu sechs Monaten Gefängnis und 24 023 M. Geldstrafe, der Kautschukstempelfabrikant Granz zu 2000 M., der Kohlenhändler Pierschel zu 1200 M. und dessen Tochter zu 450 M. Geldstrafe. Die Veröffentlichung des Urteils hat auf Kosten der Verurteilten nach Erlangung der Rechtskraft in den Chemnitzer Tageszeitungen und in den Amtsblättern für den Glauchauer Bezirk und Hohenstein zu erfolgen. Der Erlös des Kriegswirtschaftsamtes aus den beschlagnahmten 20 Sack Mehl im Betrage von 395.64 M. wird eingezogen. Das Tun der Angeklagten Hachenberger und Geiler wurde als im höchsten Maße verwerflich und gewissenlos bezeichnet und nur der Umstand, daß diese beiden Verurteilten bisher unbestraft waren, hat das Gericht abgehalten, auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zuzukommen.

Der Hauptausschuß des Reichstages soll zum 3. Januar einberufen werden.

Der Bundesrat hat am 20. Dezember eine neue Arzneitaxe beschlossen, die von den Bundesregierungen mit Beginn des Jahres 1918 in Kraft gesetzt werden soll. Entsprechend den gestiegenen Einkaufspreisen sind in der neuen Taxe die Verkaufspreise einer ganzen Reihe von Arzneimitteln gemäß den Vorschlägen des Reichsgesundheitsamtes und sachverständiger Vertreter der Krankenkassen in die Höhe gesetzt. Mit Rücksicht auf die erheblich gestiegenen Ausgaben der Apotheker für Gehälter, Löhne, Brennmaterial, Papier, Kork, Bindfaden usw. soll ferner von den Bundesregierungen bestimmt werden, daß die Apotheker vom 1. Januar 1918 an einen Teuerungszuschlag von 20 Pf. zu dem Arzneipreise erheben dürfen. Von diesem Zuschlage sollen aber ausgenommen werden fabrikmäßig hergestellte Zubereitungen, die nur in Originalpackung in den Handel kommen, sowie die auch außerhalb der Apotheken verkäuflichen Arzneimittel, soweit sie unvermischt und ungeteilt abgegeben werden.

Aus aller Welt.

Schweres Grubenunglück. Aussig, 21. Dezember. Heute früh brach im Austrischacht 3 im Gemeindegebiet Karbitz der Verbindungsstollen zwischen dem genannten Schacht und dem Sensel-Revier ein. Von den dort beschäftigten Arbeitern konnten sich sechs durch einen Luftschacht retten, während dreiundzwanzig abgeschlossen sind. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange, werden jedoch durch einen ausgebrochenen Brand, der offenbar die Ursache der Katastrophe ist, außerordentlich erschwert.

Letzte Nachrichten.

Karlsruhe, 22. Dezember. Die Zweite Kammer des badischen Landtages beschloß die Einführung der vierten Wagenklasse auf den badischen Staatseisenbahnen, und zwar nach dem württembergischen System.

Berlin, 22. Dezember. (Amtlich.) Am 19. Dezember schossen Marineflieger bei Ostende und Nieuport über See je ein feindliches Flugzeug ab.

Berlin, 22. Dezember. Der politische Referent im Auswärtigen Amt Geh. Legationsrat Hadelny hat sich gestern abend zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk begeben.

Rotterdam, 21. Dezember. Dem Daily Telegraph wird aus Petersburg gemeldet: Der Sowjet veröffentlicht den Text eines Geheimvertrages, der am 3. Juli 1916 von Rußland und Japan geschlossen und von Sasonow und Mietone unterzeichnet wurde. Die beiden Länder verpflichten sich darin zu einem Offensivbündnis gegen jede Macht, die versuchen würde, in China politische Vorherrschaft zu erlangen. Es wird keine bestimmte Macht in dem Vertrage genannt, aber offenbar handelt es sich um die Vereinigten Staaten. Der Vertrag läuft bis Juli 1921.

Genf, 21. Dezember. Die Pariser Zeitungen melden aus Neuyork, die dortige Presse bringe Nachrichten über die Einleitung von Verhandlungen Japans mit Mexiko. Diese Verhandlungen würden außer handelspolitischen Zwecken auch einer politischen Annäherung zwischen Mexiko und Japan dienen. Die amerikanische Presse betone die außerordentliche Wichtigkeit dieser Nachrichten für die amerikanische Kontinentalpolitik.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln. Für die Woche vom 24.—30. Dezember jede Person 7 Pfund entweder auf Abschnitt 1 der braunen Kartoffelkarte oder aus den eigenen Vorräten.

Fleisch. Für dieselbe Woche 250 g; die Fleischerläden sind Montag von 7—5 Uhr und Sonnabend von 7—6 Uhr geöffnet.

Der städtische Verkauf in der Talamtschule wird Montag mittag 12 Uhr geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171222-16/fragment/page=0003

Die Konsumvereine während des Krieges.

Von Adolf Rupprecht.

J. K. Von den 2376 festgestellten deutschen Konsumvereinen gehören zwar nur 1110 dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine an, doch stellten diese an Mitgliederzahl, Umsatz und innerer Kraft den lebensfähigsten Teil der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung dar. Der Umfang und die Entwicklung der Vereine des Zentralverbandes während der Kriegsjahre wird durch die folgenden Zahlen dargestellt:

	1913		1916	
Mitglieder	1 621 000	Mark	2 052 000	Mark
Eigenumsatz	472 000 000	„	577 000 000	„
Eigenproduktion	99 800 000	„	145 600 000	„
Barmittel usw.	55 500 000	„	93 600 000	„
Inventar	15 700 000	„	11 000 000	„
Grundbesitz	90 600 000	„	105 300 000	„
Geschäftsguthaben	31 000 000	„	39 100 000	„
Reserven	22 500 000	„	32 700 000	„
Spareinlagen	67 900 000	„	94 300 000	„
Ersparnisse	38 800 000	„	40 400 000	„

Ein Vergleich mit den vorher genannten, für alle deutschen Konsumvereine gültigen Zahlen ergibt, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht nur dreiviertel bis vierfünftel aller in den deutschen Konsumvereinen angeschlossenen Mitglieder und des von ihnen getätigten Umsatzes umfaßt, sondern daß auch der weitaus größte Teil der in den Kriegsjahren gemachten Fortschritte auf ihn entfallen. Besonders die Verbesserungen in der Kapitalkraft entfallen fast ausschließlich auf die Vereine des Zentralverbandes. Das ist für die von den Mitgliedern bewiesene genossenschaftliche Treue, wie für die von den Verwaltungen gezeigte Energie und Geschicklichkeit gleich lobenswert und der beste Beweis für die Entwicklungsfähigkeit der Konsumvereine des Zentralverbandes.

Wie sehr sich einzelne Konsumvereine während des Krieges entwickelten und festigten, mögen wenige Beispiele zeigen. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat in der Zeit von 1914 bis 1917 die Mitgliederzahl von 86 514 auf 108 122, den Umsatz von 17,3 Millionen auf 26,6 Millionen, die Spareinlagen der Mitglieder von 5,3 auf 11,8 Millionen, die Geschäftsguthaben der Mitglieder von 1,06 auf 1,95 Millionen und die Reserven von 187 000 M. auf 607 000 M. erhöht. Der Konsum-Bau- und Sparverein „Produktion" in Hamburg erhöhte die Mitgliederzahl von 68 417 auf 99 021, den Umsatz von 23,5 auf 46,4 Millionen, die Spareinlagen der Mitglieder von 9,2 auf 9,5 Millionen, die Geschäftsguthaben der Mitglieder von 1,2 auf 1,6 Millionen, den Notfonds der Mitglieder von 1,1 auf 1,6 Millionen und die Reserven von 365 000 M. auf 582 000 M. Diesen Beispielen könnten zahlreiche andre nicht weniger günstige folgen. Daß diese Vereine gleichzeitig und auch durch hohe Abschreibungen von den Grundstücks- und Inventarkonten eine solide Sicherung ihrer Einrichtungen anstrebten, sei dabei nicht vergessen.

Indem die Konsumvereine nachdrücklich **die Interessen der Verbraucher vertraten, erfolgreich dem Wucher entgegenwirkten**, waren sie gleichzeitig in der Lage, sich innerlich zu kräftigen und bessere Grundlagen für die nach dem Kriege erwartete Entwicklungsperiode zu schaffen. In den Verwaltungen wurden während der Kriegsjahre, die dem Trieb nach weiterem Ausbau nur in Ausnahmefällen und auch dort nur beschränkt förderlich waren, **zahlreiche Projekte für die Zeit nach dem Kriege aufgespeichert**. Dieser Ansicht dienen auch die recht zahlreichen Beschlüsse auf Erhöhung der Geschäftsanteile. Sehr viele Vereine haben in der letzten Zeit die Geschäftsanteile, die zumist 30 M. betragen, auf 40, 50 und auch auf 60 M. erhöht. Vorarbeiten für den Ausbau der Eigenproduktion, für den Erwerb von Grundstücken und die Erweiterung der Verteilungsbetriebe werden in den meisten Vereinen getroffen. Ueberall wartet man nur auf das Kriegsende, um mit verstärkten Kräften und mit allen in der Neuzeit gemachten Erfahrungen ausgerüstet, großzügige neue Aufgaben in Angriff zu nehmen. Und wahrhaftig, großzügig sind die Pläne, die sowohl von der Großeinkaufsgesellschaft wie auch von den einzelnen Vereinen für die zukünftige Entwicklung vorbereitet sind. Die Großeinkaufsgesellschaft rechnet mit der Neuanlage von mehreren Fabriken und Erweiterung der vorhandenen Anlagen und hat dafür nicht weniger als 35 Millionen Mark Ausgaben vorgesehen. Auch von einzelnen Konsumvereinen sind Millionenprojekte ausgearbeitet und die Mittel dazu bereitgestellt.

Nicht als ob die Konsumvereine während des Krieges besondere Ursache gehabt hätten, mit ihrer Behandlung und ihrer Bewegungsfreiheit zufrieden zu sein! Sehr begründete Klagen werden über schikanöse Behandlung durch übelwollende Behörden geführt und vieles wird erst nach dem Kriege ausgesprochen werden, was an Hindernissen und Erschwernissen den Konsumvereinen in den Weg gelegt wurde und wird. Allein die unverständliche und skandalöse Ausschaltung des Handelsbetriebes der Großeinkaufsgesellschaft, die so recht geeignet wäre, mit ihren Einrichtungen in den Kreis der öffentlichen Versorgungswirtschaft einbezogen zu werden, könnte ein besonderes Kapitel füllen, wenn man von mangelnder Einsicht gegenüber den Konsumvereinen spricht und berichtet. Um so erfreulicher und um so höher zu bewerten sind die trotzdem erzielten Erfolge und die Anerkennung, die sich die Konsumvereine im ganzen genommen während des Krieges errungen haben.

Die konsumgenossenschaftliche Verbraucherorganisation sieht den wirtschaftlichen Kämpfen und Umwälzungen, wie sie nach dem Kriege zu erwarten sind, mit wohlvorbereitetem Rüstzeug ruhig entgegen. Sie wird bei der Umwandlung der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsform in eine gemeinwirtschaftliche Warenerzeugung und Verteilung, in den ihr durch Wesen und Grundsätze gesteckten Grenzen, ihrer Aufgabe gerecht werden. Mögen die Verbrauchermassen dafür sorgen, daß nicht durch Hineintragen von außerhalb des Ausgabengebietes der Konsumvereine liegenden Streitigkeiten unnötigerweise eine Schwächung der Bewegung herbeigeführt werden, die den Interessen der Privatwirtschaft entspräche. **Die deutsche Arbeiterschaft darf auf die Kriegserrungenschaften und Leistungen ihrer Konsumvereine stolz sein** und hat alle Ursache, auch nach dem Kriege der konsumgenossenschaftlichen Organisation Vertrauen entgegenzubringen.

Amtliche Bekanntmachungen

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht aller Arten von neuen und gebrauchten Segeltuchen, abgepaßten Segeln einschließlich Liektauen, Zelten (auch Zirkus- und Schaubudenzelten), Zeltüberdachungen, Markisen, Planen (auch Wagendecken), Theaterkulissen, Panoramaleinen — Nr. W. IV. 300/12. 17. KRA. — erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 22. Dezember 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant.

Bekanntmachung
betreffend die Anmeldung von Lastschlitten.

1. Im Anschluß an die Bekanntmachung des Herrn stellvertretenden Kommandierenden Generals IV. Armeekorps vom 8. d. M. wird hierdurch nochmals auf die Verpflichtung zur Anmeldung der zur Güterabfuhr geeigneten Lastschlitten hingewiesen.

2. Zur Anmeldung ist verpflichtet: Jeder, der zur Güterabfuhr geeignete Lastschlitten in Gewahrsam hat oder aus Anlaß seines Handelsbetriebes oder sonst des Erwerbes wegen kauft oder verkauft, sowie jeder gewerbliche Unternehmer, in dessen Betrieben solche Schlitten hergestellt werden.

3. Anzumelden ist der am 15. Dezember 1917 vorhandene Bestand, nach Standorten geordnet.

4. Veräußerungen oder Verluste von Schlitten sowie Aenderungen des Standortes sind ebenfalls unverzüglich anzuzeigen.

5. Die Anmeldungen sind, soweit noch nicht geschehen, entweder schriftlich oder mündlich **sofort** bei uns zu bewirken.

Mündliche Anmeldungen werden im Bureau VII Schmeerstraße 1, Zimmer 17, entgegengenommen.

Halle, am 18. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach den vom stellvertretenden Kommandierenden General des IV. Armeekorps erlassenen Bestimmungen über Meldepflicht der Ausländer vom 26. Mai 1916 hatten sich die ortsanwesenden über 15 Jahre alten Ausländer — einschließlich der Angehörigen der verbündeten Staaten — spätestens bis zum 20. Januar 1917 unter Vorlegung ihres Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises bei der Ortspolizeibehörde **persönlich** anzumelden. Diese Anordnung ist vielfach nicht befolgt worden.

Es ergeht deshalb an sämtliche Ausländer, die ihrer persönlichen Meldepflicht noch nicht nachgekommen sind, die Aufforderung, dieser Vorschrift nunmehr bis zum 20. Januar 1918 bei der Polizeiverwaltung, Politische Polizei, Zimmer Nr. 52, zu genügen. Ueber die erfolgte Anmeldung wird von der Politischen Polizei eine Bescheinigung erteilt; jeder Ausländer muß im Besitze einer solchen sein.

Halle, am 19. Dezember 1917.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die vor einigen Tagen bekannt gegebenen Betriebseinschränkungen auf den städtischen Straßenbahnen treten vom Montag, den 24. Dezember, ab in Wirksamkeit. Am Sonntag, den 23. d. Mts., wird der Betrieb in den Abendstunden von 1/2 9 Uhr ab ebenfalls eingeschränkt werden.

Halle, am 21. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
Munchharmonikas
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.

Noch zu vorteilhaften Preisen
Ulster, Paletots, Joppen, Anzüge
in allen Größen — für jedes Alter.
Bauchwitz
Herren- und Knaben-Moden
Markt 4.
Sonnabends bis 7 Uhr geöffnet. Sonntags geschlossen.

Wachstuchreste
verkauft billig
J. Sternlicht
Alter Markt 11.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Damen- u. Kinder-Bekleidung
Wir empfehlen in reicher Auswahl:
Mäntel, Kleider, Jackenkleider, Röcke, Blusen
Morgenröcke, Morgenjacken
Kinder-Mäntel und Kleider in Seide, Samt und Wolle
Neueste Formen, gute Verarbeitung und Sitz
Große Auswahl in seidenen und wollenen Unterröcken
Brummer & Benjamin, Gr. Ulrichstr. 22-23

3 Könige
Varietee / Kl. Klaußstr. 7
Das neue glänzende Programm!
Jede Nummer ein Schlager!

Alte Promenade 11a Fernruf 5738.
U.T
Leipziger Str. 88 Fernruf 1224.
Ab Freitag, den 21. Dezember:
Wenn frei das Meer für deutsche Fahrt
Filmwerk in 5 Akten
Zu Gunsten des Deutschen Flotten-Vereins.
Der hierzu verfaßte Vorspruch wird vor den Abendvorstellungen durch die Opernsängerin Fr. Julie Stafany vorgetragen.
Jugendliche haben bis 7 Uhr Zutritt.
Anfang täglich 3 Uhr

Wollene Kleider- und Kostümstoffe
Mäntelstoffe — Anzugstoffe — Sammete
finden Sie noch in großer Auswahl [2968
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Handschuhe
große Auswahl
: Gegr. 1853 : **F. C. Siebert** Fernruf 2363.
Untere Leipziger Straße 9, gegenüber der Kirche.

Der **Arbeiter-Notiz-Kalender für 1918**
ist soeben eingetroffen.
Stück 80 Pf.
Buchhandlung der Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstr. 27.

Arbeiter,
abonniert die Volksstimme.

Stadt-Theater
Sonntag, den 23. Dez. 1917 nachmittags 3,30 Uhr
Fremdenvorstellung
zu ermäßigten Preisen
Tiefland.
Oper von d'Albert.
Abends:
Anfang 7,30 Uhr Ende 10,15 Uhr
Das Drei-Mädel-Haus
Musik nach Franz Schubert.
Montag, den 24. Dezbr. 1917 nachmittags 3 Uhr
Kinder-Vorstellung
bei ermäßigten Preisen.
Aschenbrödel,
Märchen von Görner.

Thalia-Theater
Gastspiel des Stadttheater-Personals
Sonntag, den 23. Dez. 1917 abends 7,30 Uhr
Es lebe das Leben.
Schauspiel v. H. Sudermann.
Dienstag, den 25. Dezbr.: nachmittags: Heimat. abends: Pension Schöller.
Mittwoch, den 26. Dezbr.: nachm.: Die Herren Söhne. abends: Der Raub der Sabinerinnen.
Donnerstag, d. 27. Dez. ab. Die Schmetterlingsschlacht.

Zoo
Reicher Tierbestand.
Am Sonntag, d. 23. Dezember 1917, gelten die Eintrittspreise:
Für Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf. Militär ohne Dienstgrad 10 Pf.

Stadtbad
Haarpflegeräume
Kopfwäsche
Kräuterbehandlung
Fara-Massage
Gesichtspflege, Hand- und Fußpflege.

Soeben eingetroffen!
Empfehlen Wiederverkäufern
Ia. Kuchengewürz
Pfefferkuchengewürz
Vanillin-Aroma
Backpulver
10 u. 15 Pf. Ladenpreis
Adler & Co.
Franckestr. 18 (Tel. 1061).

Abgespielte
Grammophonplatten
auch Bruch, Kilo 1.75 kauft
Karl Albrecht,
Alter Markt 3.
Auswärtige wollen einsenden. Betrag erfolgt umgehend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171222-16/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 175. Halle, Sonnabend den 22. Dezember 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 22. Dezember 1917.

Die Zulassungskarte zum Weihnachtsverkehr. Die Mitteilung über die Ausgabe von Zulassungskarten zum Weihnachtsverkehr hat zu vielfachen Zweifeln Anlaß gegeben. Die Eisenbahndirektion Berlin teilt darüber mit: Es handelt sich bei der beabsichtigten Maßnahme nicht etwa um die Ausgabe von Bezugsscheinen, Fahrberechtigungsscheinen oder dgl., sondern lediglich darum, daß neben der Fahrkarte eine zweite Karte (Zulassungskarte) zu dem Zweck ausgegeben wird, damit die Eisenbahnverwaltung die Uebersicht über die Anzahl der zu den einzelnen Zügen ausgegebenen Fahrkarten behält und nicht mehr Fahrkarten ausgibt, als sie im äußersten Falle Reisende zu befördern in der Lage ist. Dieses Verfahren ließ sich nur durchführen, wenn gleichzeitig die Gültigkeit der Fahrkarten auf den Tag ihrer Lösung beschränkt wurde, wobei indessen Fahrkarten zu den Zügen, die bis 6 Uhr morgens abgehen, auch schon am Vorabend von 8 Uhr an ausgegeben werden. Bei der Zulassung der Reisenden zu den Zügen soll keineswegs kleinlich vorgegangen werden. Uebrigens ist diese Maßnahme zunächst nur bei einer geringen Anzahl besonders stark belasteter, von Berlin ausgehender Züge in Aussicht genommen. Die Maßnahme liegt auch im Interesse der Reisenden selbst, da auf diese Weise denjenigen Reisenden, die im Besitz einer Fahrkarte mit Zulassungskarte sind, die Möglichkeit gesichert wird, daß sie mit dem Zuge auch befördert werden und gleichzeitig auch im Zuge selbst eine größere Ordnung gewährleistet wird.

* **Desinfektion am Krankenbett.** Die gemäß des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten erlassene polizeiliche Anordnung vom 15. Januar 1908 fordert bei jedem Fall von Lungen- und Kehlkopftuberkulose die Desinfektion. Die während der Dauer der Krankheit erforderliche Desinfektion (Desinfektion am Krankenbett) liegt in der Regel den Angehörigen ob, jedoch ist die Polizeiverwaltung berechtigt, sie durch besonders beauftragte Personen im Einvernehmen mit dem behandelnden Arzte zu beaufsichtigen und nötigenfalls zu regeln. Die Schlußdesinfektion hat ausschließlich durch die städtischen Desinfektoren zu erfolgen. Die Aerzte, sowie Hausbesitzer oder Abvermieter jeder Art werden daher ersucht, bei vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopftuberkulose der Desinfektionsanstalt oder dem Polizeiverwaltungsbureau (Dreyhauptstraße 4, 2 Treppen, Zimmer 102) sofort, gegebenenfalls auch durch Fernsprecher, Mitteilung zu machen, wenn der Kranke die von ihm benutzten Räume infolge Ueberführung in ein Krankenhaus oder in einen anderen Unterkunftsraum — Wohnungswechsel — verläßt. Die Desinfektion wird dann von den städtischen Desinfektoren unentgeltlich vorgenommen. Hausbesitzer oder Abvermieter, die in den vorstehenden Fällen eine Meldung unterlassen, würden sich möglicherweise haftpflichtig machen, wenn durch Unterlassen der Desinfektion eine Uebertragung auf die neuen Bewohner der Räume erfolgt.

* **Verfütterung von Baum- und Strauchreisern.** Bei dem großen Mangel an Kraft- und Rauhfutter werden die Tierhalter, insbesondere die zahlreichen Kleintierhalter, nachdrücklichst auf die Möglichkeit der Verfütterung von Baum- und Strauchreisern hingewiesen. Die dünnen (1- und 2jährigen Zweige der meisten Laubhölzer (außer Eiche und Walnußbaum) enthalten gerade in den Wintermonaten äußerst wertvolle Nährstoffe. Wo zur Zerkleinerung keine starke Häckselmaschine zur Verfügung steht, werden die Zweige zweckmäßig zunächst auf einem Block mit einem Hammer zermalmt und sodann mit dem Beil in kleine Stücke von 1 bis 2 Zentimeter Länge zerschnitten. Insbesondere für Ziegen bietet dies zerkleinerte Reisig ein sehr wertvolles Futter; aber auch an Pferde und Kühe kann es mit gutem Erfolg verfüttert werden, und sogar Schweine nehmen den Reisighäcksel, wenn er eine Stunde lang gekocht ist.

* **Bei der behördlichen Prüfung der Gestehungs- oder Erwerbskosten,** namentlich von Gegenständen des täglichen Bedarfs, so wird uns von amtlicher Stelle geschrieben, ist es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Gewerbetreibende erklärten, die hierzu erforderlichen schriftlichen Unterlagen nicht zu besitzen, weil das Kauf- oder Tauschgeschäft mündlich abgeschlossen worden sei. Einem solchen Verfahren, das gegen die allgemeinen kaufmännischen Grundsätze verstößt, muß die Absicht zugrunde gelegt werden, den Tatbestand zu verdunkeln. Das Kriegsernährungsamt (frühere Reichspreisstelle) hat daher kürzlich entschieden, daß ein Händler, der seinen Ein- und Verkauf nicht nachzuweisen vermag, in den jetzigen Zeiten zum Handel nicht geeignet ist und daher hiervon ausgeschlossen werden muß. Es liegt daher im Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden, alle Käufe und Verkäufe schriftlich abzuschließen.

* **Ueber das Ausländer-Meldewesen** werden von der Polizeiverwaltung wieder einmal die maßgebenden Bestimmungen in Erinnerung gebracht. Alle über 15 Jahre alten Ausländer — einschließlich der Angehörigen verbündeter Staaten — haben sich binnen 24 Stunden nach ihrer Ankunft in Halle oder vor ihrer Abreise hiervon unter Vorlegung ihres Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises bei der Polizeiverwaltung, Politische Polizei (Dreyhauptstraße 4, Zimmer 52) persönlich an- oder abzumelden. Diese Meldungen sind auch erforderlich, wenn sich ein Ausländer nur vorübergehend hier aufhält oder diese verläßt. Jedermann, der einen Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich in seiner Behausung oder in seinen gewerblichen Räumen (Gasthäusern, Fremdenheimen usw.) aufnimmt, ist verpflichtet, sich über die Erfüllung der Anmeldepflicht des Ausländers spätestens 24 Stunden nach seiner Aufnahme zu vergewissern und im Falle der Nichterfüllung sofort der Polizeiverwaltung, Politische Polizei, Mitteilung zu machen.

* **Preiskontrolle von Weihnachtsäpfeln und Weihnachtsgebäck.** Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes hat sämtliche Kriegswucherämter, Landes-, Provinz- und Bezirkspreisprüfungsstellen telegraphisch ersucht, die Preise der Weihnachtsäpfel und des Weihnachtsgebäcks einer Prüfung zu unterziehen. Hierzu wird von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes folgende Erläuterung gegeben: „Zu den Weihnachtsfeiertagen ist zu befürchten, daß namentlich in der Provinz und im Westen größere Mengen von Weihnachtsgebäck aufgestapelt wurden, die nun zu hohen Preisen verkauft werden sollen. Die Ausbeutung der Bevölkerung muß auf das schärfste unterbunden werden. Aus diesem Grunde soll auch die sogenannte ausländische Ware — es handelt sich hier sowohl um Keks, Leb- und Honigkuchen usw., die wirklich aus dem Auslande kommen, als auch um Waren, die heimlich im Inland erzeugt und dann als Auslandsware zu Wucherpreisen angeboten werden — einer strengen Preisprüfung unterzogen werden. Dasselbe gilt für Weihnachtsäpfel. Es ist bekannt, daß große Mengen zurückgehalten werden, die unter der Hand im letzten Augenblick zu außerordentlich hohem Preise verkauft werden sollen." Hoffentlich ist diese Maßregel des Kriegsernährungsamtes von Erfolg begleitet und hat nicht die Wirkung, daß jetzt alles verschwindet.

* **Büroschluß städtischer Geschäftsstellen.** Die Bezugsschein-Ausfertigungsstellen für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren sind von Montag nachmittag an bis einschließlich Donnerstag für den Publikumverkehr geschlossen. — Zur Anmeldung von Beerdigungen ist das Büro VIII, Großer Berlin 11, am Mittwoch (2. Weihnachtsfeiertag) vormittag von 9—10 Uhr geöffnet. — Die Stadthauptkasse ist am Montag vormittag von 12 Uhr an für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

* **Einnahmerückgang infolge der Schnellzugzuschläge.** Der sächsische Finanzminister von Seydewitz teilte in der sächsischen Ersten Kammer mit, daß infolge der Erhebung der Schnellzugszuschläge ein erheblicher Rückgang in den Einnahmen aus dem Personenverkehr eingetreten sei. Im übrigen nahm die Erste Kammer einstimmig einen Antrag an, der die baldige Wiederaufhebung der Zuschläge fordert.

* **Ein Treibriemen, der zweifellos aus einer Strafsal herrührt,** ist hier beschlagnahmt worden. Er ist 8,5 cm breit und 9,30 m lang. Anscheinend ist der Riemen länger gewesen, da die Schnittflächen den Schluß zulassen, daß bereits ein Teil abgeschnitten worden ist. Nach dem anhaftenden Staub zu urteilen, rührt der Riemen scheinbar aus einem landwirtschaftlichen Betriebe her, vielleicht von einer Dreschmaschine. Er ist sehr oft genäht. Eine Stelle ist nur durch Verknoten des Hestriemens zusammengehalten. Der unbekannte Anbieter hat den Eindruck eines Landbewohners gemacht. Der Treibriemen liegt hier zur Ansicht aus. Der Eigentümer oder solche Personen, die über die Herkunft des Riemens Angaben machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37 oder 38, zu melden.

* **Der sachsen-anhaltische Bezirk des Bundes erblindeter Krieger** hielt am Sonntag in Magdeburg eine Versammlung ab. Hierbei wurde unter anderm der Meinung Ausdruck gegeben, daß von der Kriegsblindenstiftung Bemühte mehr unterstützt würden, als Unbemittelte, und dafür einige Fälle angeführt, die geprüft werden sollen. Der Vertreter des Mobilmachungsausschusses vom Roten Kreuz sowie der Vertreter von Magdeburg wünschten, daß den Behörden und der Kriegsbeschädigtenfürsorge sowie den Berufsberatern weniger Mißtrauen entgegengebracht werde. Jeder Kriegsblinde könne versichert sein, daß seine Anträge und Wünsche eingehend und wohlwollend geprüft und brüderlich würden. In bezug auf einen Artikel „Kriegsblinde als Maschinenschreiber", der diese Beschäftigung wegen des häufigen Aufnehmens und Uebertragens von Stenogrammen in Kurzschrift als zu anstrengend für die Blinden hinstellte, wurde eine Anzahl Zeugnisse bekanntgegeben, die bewiesen, wie sich die Kriegsblinden als Korrespondenten und Maschinenschreiber bewährten. Schließlich wurden noch Mitteilungen über die Errichtung einer Ein- und Verkaufsstelle für Rohmaterial für Blindenarbeiten gemacht, und für die nächste Jahresversammlung Halle gewählt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß das heutige „Sinfonie-Konzert" unter Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß pünktlich 7½ Uhr beginnt. Sonntagnachmittag 3½ Uhr geht als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen die Oper „Tiefland" in Szene, abends 7½ Uhr das „Das Dreimäderlhaus". Montag nachmittags 3 Uhr wird das Weihnachtsmärchen „Aschenbrödel" gegeben. Der Feiertags-Spielplan bringt Dienstag (1. Weihnachtsfeiertag) nachmittags 3½ Uhr „Wiener Blut", abends 7½ Uhr „Die verkaufte Braut", Mittwoch (2. Weihnachtsfeiertag) nachmittags „Der Trompeter von Säkkingen", abends „Die Fledermaus". Donnerstag (3. Weihnachtsfeiertag) nachmittags 3½ Uhr Märchenvorstellung „Aschenbrödel", abends 7½ Uhr „Die toten Augen".

Thalia-Theater. Am Sonntag abend 7½ Uhr gelangt als Gastspiel des Stadttheater-Personals das Schauspiel „Es lebe das Leben" zur Aufführung. Für den 1. und 2. Weihnachtsfeiertag sind je zwei Vorstellungen vorgesehen. Am Dienstag (1. Weihnachtsfeiertag) nachmittags 3½ Uhr Sudermanns Schauspiel „Heimat", abends 7½ Uhr „Pension Schöller". Am Mittwoch (2. Weihnachtsfeiertag) nachmittags 3½ Uhr „Diesherren Söhne", abends 7½ Uhr „Der Raub der Sabinerinnen". Am Donnerstag (3. Weihnachtsfeiertag) abends 7½ Uhr „Die Schmetterlingsschlacht".

Aus der Provinz.

Vorkämpfer für Beamten„freiheit".

Unter den rechtsstehenden Antragstellern, die im preußischen Abgeordnetenhause die politische Freiheit der Beamten gegen den Minister des Innern Dr. Drews verteidigen zu sollen glaubten, befand sich auch der konservative Landtagsabgeordnete für Merseburg, Winckler. Die Verhandlungen im Parlament haben ja nun zur Genüge erkennen lassen, daß es den Führmann und Genossen dabei letzten Endes nicht um die Beamten, sondern um eine Propaganda für die Vaterlandspartei zu tun war. Aber es ist doch nicht uninteressant, sich die Vorkämpfer der Beamtenfreiheit etwas näher anzusehen.

Ueber den Abgeordneten Winckler bringt nämlich der Merseburger Korrespondent einen bemerkenswerten Beitrag.

In einer in diesem Blatte veröffentlichten Zuschrift „Von der Westfront" wurde zunächst einiges über die Art, wie Herr Winckler die freie Meinungsäußerung bei der letzten Landtagswahl von 1914 hochschätzte, mitgeteilt:

„Im Sächsischen unseres alten „Herzog Christian" drängten sich die „Gründlinge" der dritten Klasse und nannten bald lauter, bald leiser die Namen ihrer Wahlmänner. Wie die alten Germanen aus dem Klange des Schlachtgesanges auf den Ausgang des Kampfes schlossen, so konnte man hier aus der Stärke des Stimmenaufwands nicht nur die Festigkeit der politischen Ueberzeugung, sondern mehr noch die wirtschaftschaftliche Unabhängigkeit der Wähler heraushören. Etwas abseits saß bei dieser Wahlhandlung der Landrat a. D. Winckler, Generaldirektor der Landfeuersozietät und konservativer Landtagskandidat. Da geschah das für Merseburg bis dahin Unerhörte: es wurde eine Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten nötig. Nach Abzug der meisten Liberalen „siegten" die konservativen Wahlmänner. Feierlich erhob sich Herr Winckler, schritt auf die beiden Herren zu und schüttelte ihnen beglückwünschend die Hände. Aufrichtig gesagt, ich hatte damals stark das Gefühl der Entrüstung über konservative Wahlüberwachung und -beeinflussung. Um so mehr freue ich mich jetzt als Staatsbürger und kgl. Beamter, daß Herr Winckler aus einem Saulus zu einem Paulus geworden ist, der den mit Pflichten überschütteten Beamten ein Helfer im Kampfe um ihre verfassungsmäßigen Rechte sein will . . ."

Die Redaktion des Merseburger Korrespondenten scheint indessen einigen Zweifel an der Sinneswandlung des Herr Abgeordneten Winckler zu hegen. Denn sie fügte der Mitteilung ihres feldgrauen Gewährsmanns hinzu:

„Wer den Herrn Landtagsabgeordneten Winckler bei der letzten Versammlung der Vaterlandspartei — als hochkonservativer Parteimann gehört er selbstverständlich zu den eifrigsten Förderern dieser Nichtpartei — beobachtete, mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß Herr Winckler ein sehr lebhaftes Interesse bekundete, ob auch alle seine Untergebenen anwesend waren. Tisch um Tisch machte er seine Feststellungen und mit einer auffälligen Suchermiene, die einen andern Schluß nicht zulassen. Diese Beobachtung kann man übrigens in jeder konservativen Versammlung von sogenannten einflußreichen Personen bzw. den obersten Vorgesetzten machen. Unsere Beamten kennen derlei Feststellungen genau — und erscheinen dann lieber auf der Bildfläche, um sich keinen gelegentlichen Unannehmlichkeiten auszusetzen."

Herr Winckler ist danach allerdings ganz besonders geeignet, sich zum Verteidiger der Meinungsfreiheit unter den Beamten auf-

---

Rosi Zurflüh.

44] Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Scherr.

(Nachdruck verboten.)

Ein paar Tage darauf kehrte dieser aus dem Dienst nach Hause und traf seine Frau allein in der Stube. Er mußte unterwegs endlich seinen Entschluß gefaßt haben, denn kaum hatte er mit aller Fassung, die er aufzubieten vermochte, anhob: „Loi', Rosi, so kann es nicht länger gehen. Du mußt alles wissen —"

Sie unterbrach ihn, indem sie, von ihrer Arbeit — sie nähte Kinderzeug, was er aber nicht beachtet hatte — aufstehend, sagte: „Ich weiß alles. Komm!"

Sie winkte ihm, und er folgte ihr in das Hinterstübli, wo er mit Ueberraschung ein Bett aufgeschlagen und neben demselben die Wiege stehen sah.

Rosi schlug sachte das grüne Tuch zurück, das über den Wiegenbogen gebreitet war, und der treulose Mann erblickte sein schlafendes Kind.

Er fuhr mit einem Schrei zurück, der ihm in der Kehle erstickte.

„Lueg," sagte sie mit jener einfachen Erhabenheit, von der nicht die Kunst, sondern nur die Natur weiß, „lueg, Ruodi, deine Prophezeiung ist erfüllt. Noch sind nicht zwei Jahre um, und da liegt ein Chnäbli in der Wiege."

Der kalte Schweiß trat ihm auf die Stirne, und er konnte nur eine flehende Gebärde mit der Hand machen.

„Seine Mutter," fuhr sie fort, „hat mir das Kind nachtschlafender Weile ins Haus gestellt. Da hab' ich es in meine Arme genommen und hab' das Gelübd' getan, ihm Mutter zu sein, und das will ich halten, so mir Gott helfe. — Und jetzt los', Ruodi, ich bitt' dich, fass' dich und merk, was ich sag'. Um des Kindes willen, um deines Kindes willen, das auch das meine sein soll, wollen wir, wenn dir's recht ist, miteinander fortleben, als wäre nichts geschehen, und wollen Eheleute bleiben vor den Leuten. Aber unter uns, Ruodi, unter uns kann es nicht mehr sein wie früher. Verlang das nicht, Ruodi, verlang das nicht — es brächt' mich um! 's ist ebbis abenand* da innen in mir. Ob es wieder zusammenheilen wird oder kann, ich weiß es nicht. Die Zeit, sagt man, heil' alles, und ich will dran glauben, ich will dran glauben. Aber rühr du jetzt nicht daran, nur um das bitt' ich dich!"

Sie sprach das, wenn auch ernst, doch milde. Aber gerade diese Milde, diese Großmut erdrückte den unglücklichen, schon lange haltlos gewordenen Mann, so daß er ganz in sich zusammenbrach. In dieser qualvollen Stunde ward er sich erst recht klar bewußt, was er besessen, was er verraten, was er verloren.

Vernichtet warf er sich seiner Frau zu Füßen, umfaßte flehend ihre Knie und konnte nur schluchzend das Wort „Verzeihung!" hervorstammeln.

„Ich habe verziehen," sagte sie, sanft seine Hände lösend und ihn aufrichtend, „dir und auch der, die ihr Kind und dich so leichtfertig verlassen konnte. Ja, ich habe verziehen. Wäre sonst das iknd hier? Woher hätt' ich sonst die Kraft genommen, es mein Kind zu nennen, unbekümmert, was die Leute dazu sagen? Laß auch du sie reden. Nie sollst du ein Wort des Vorwurfs von mir hören, nie! Aber sei ein Mann, Ruodi, sei ein Mann! Werde wieder brav und gut, noch ist es Zeit, und lueg, wir haben ja jetzt ein Kind!"

Er konnte nicht hinsehen, wie sich Rosi zu dem inzwischen erwachten Kinde neigte, wie der Kleine, der seine zärtliche Pflegerin schon kannte, die Händchen nach ihr ausstreckte, und wie sie ihn mit Liebkosungen bedeckte. Nein, er konnt' es nicht mit ansehen. Er fühlte auch, daß er seine Augen nie mehr zu denen seiner Frau erheben könnte, nie mehr!

Einige Wochen lebte er so hin. Er hielt sich zu Hause und versuchte seine Arbeiten wieder aufzunehmen. Aber er war wie ein Schlafwandler, und alles mißriet unter seinen matten Händen. Das Hinterstübli floh er. Das Kind war ja dort — ein nimender Gewissensbiß. Zur Zwihl hinaufzugehen konnte er nicht über sich bringen. Wenn die Zwihlbäurin oder das glückliche Vreneli ins Rütli herabkamen, verschloß er sich ängstlich in die Oberstube.

Rosi war freundlich und gütig gegen ihn und sparte weder tröstlichen Zuspruch noch verständige Ermunterung. Aber dabei ließ sie es. Eine von geliebtester Hand so tief geschlagene Herzenswunde, wie sie eine empfangen, heilt nur langsam, wenn sie überhaupt jemals wieder heilt.

Es sei da innen in ihr ebbis abenand, hatte sie gesagt, und so war es. Sie hatte damit gemeint, die Saite des innigsten Vertrauens sei in ihrer Seele gesprungen, und wenn die gesprungen, knüpft kein Gott sie wieder so zusammen, daß sie den früheren reinen und vollen Klang gäbe.

An einem der ersten Septembertage — es war der vierte Jahrestag, seit Ruodi die Rosi von der Zwihl ins Rütli heimgeführt — trat er, zur Jagd gerüstet, vormittags zu seiner Frau in die Stube.

„Willst du denn heute auf die Jagd?" fragte sie, etwas verwundert, da er diesem seinem früheren Lieblingsvergnügen schon lange nicht mehr nachgegangen.

„Ja, Rosi, ich muß wieder mal in die Berge hinauf."

Und nach einigem Bedenken fügte er unwillkürlich hinzu, was ihm bittere Reue eingab: „Hätt' ich nur unsere Berge nie verlassen und dich! Aber es ist nun schon so, ja, es ist nun schon so. — Weißt aber, Rosi, heut vor vier Jahren —"

„Heut vor vier Jahren? Was meinst?"

„War unsere Hochzeit."

(Schluß folgt.)

* Auseinander, zerbrochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171222-16/fragment/page=0005

zuwerfen. Er wird ja deshalb auch ganz genau gewußt haben, was er tat, als er auf dem konservativen Parteitag in Halle unter anderm die schönen Worte sprach: „Wenn man aber zurückblickt auf die preußische Geschichte, in der so viele Unmöglichkeiten dennoch zu Möglichkeiten geworden, so viele Gefahren überwunden worden sind, so brauchen wir nicht bange zu werden, wir brauchen uns bloß unserer Kräfte zu erinnern, um fest zu stehen." Diese „Kräfte", allerdings. Sie sehen nach den Angaben des Merseburger Korrespondent ganz besonders schön aus, — nur haben sie absolut nichts mit Beamtenfreiheit zu tun!

•

Merseburg. Städtische Weihnachtsspenden. Um der Bevölkerung so etwas wie eine Weihnachtsspende zu machen, gibt der Magistrat auf den Bezugsschein Nr. 50 an jede Person 200 Gramm Kunsthonig zum Preise von 29 Pf. sowie 1 Scheibe Pfefferkuchen zum Preise von 11 Pf. ab. Der Verkauf erfolgt am Montag. — Um den Haushaltungen die Möglichkeit zu verschaffen, während der Feiertage Fleisch zu genießen, hat die Stadt weiterhin Vorsorge getroffen, daß das Fleischquantum für die Feiertagswoche bereits am Montag zur Verausgabung gelangt, ausgenommen Wurst. — Der Magistrat hat ferner den 944 Mannschaften des hier liegenden Landsturmbataillons wiederum, wie schon im vorigen Jahre, 300 M. bewilligt, außerdem für die Mannschaften des Gefangenenlagers 100 M.. Er konnte diese Vorlage nicht mehr rechtzeitig vor die Stadtverordnetenversammlung bringen und bittet um deshalb nachträgliche Genehmigung. — Schließlich hat der Magistrat auch den städtischen Beamten eine einmalige Teuerungszulage gewährt und sie wegen des Weihnachtsfestes sofort ausgezahlt. Er bittet hierfür ebenfalls um die nachträgliche Zustimmung, die er nach der Haltung der Stadtverordneten hierzu auch zu erlangen hofft.

Weißenfels. Der städtische Haushalt wurde jetzt von den Stadtverordneten beraten und genehmigt. Die Rechnung der Schlachthofkasse für 1916 schließt in Einnahme mit 81 569 M., in Ausgabe mit 93 517 M. und einem Vorschuß von 11 947 M. ab. Zur Deckung des Vorschusses sind bereits 12 800 M. aus dem Reservefonds des Schlachthofes bewilligt. Das Vermögen beträgt 506 360 M. — Der Haushaltsplan für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 87 100 M. ab. — Der Haushaltsplan der Stadtsparkasse für 1918 schließt mit einer Ausgabe von 21 315 M. ab. — Der Haushaltsplan der Schmiedefachschule für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 300 M. ab und erfordert einen städtischen Zuschuß von 30 M. — Der Haushaltsplan der Bürgerschule für 1918 weist in Einnahme 68 200 M., in Ausgabe 125 100 M. auf und erfordert einen städtischen Zuschuß von 56 900 M. — Der Haushaltsplan der Volksschulen für 1918, der mit 396 292 M. dauernden Ausgaben und mit 1470 M. einmaligen Ausgaben, zusammen 397 762 M., und einer Einnahme von 124 500 M. abschließt, bedarf eines städtischen Zuschusses von 273 262 M. — Der Haushaltsplan der Fortbildungsschule für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 21 236.13 M. ab und erfordert einen städtischen Zuschuß von 10 447.23 Mark. — Der Haushaltsplan der Krankenhausverwaltung für 1918 schließt in Einnahme mit 91 800 M. und in Ausgabe mit 122 500 M. ab und erfordert einen Zuschuß von 30 500 M. — Der Haushaltsplan der Armenverwaltung erfordert demnach einen Zuschuß von 117 600 M. — Der Haushaltsplan der Friedhofsverwaltung für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 37 100 M. ab. — Zum Schluß wurde der Haushaltsplan der städtischen Speiseanstalten für 1918, der in Einnahme mit 380 000 M. und in Ausgabe mit 383 800 M. abschließt und einen städtischen Zuschuß von 3800 M. erfordert, festgestellt und angenommen.

Weißenfels. Am 1. Weihnachtsfeiertag ist der Handel mit Back- und Konditorwaren, mit Fleisch und Wurst, mit Vorkostartikeln und mit Milch nur von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags — jedoch ausschließlich der für den Hauptgottesdienst festgesetzten Unterbrechung von 9½ bis 11½ Uhr vormittags — zugelassen. Der Handel mit Kolonialwaren, mit Blumen, mit Tabak und Zigarren, sowie mit Bier und Wein ist nur während zweier Stunden — jedoch nicht während der Pause für den Hauptgottesdienst und nicht über 12 Uhr mittags hinaus — gestattet. Diese zwei Stunden werden auf die Zeit von 7½ bis 9½ Uhr vormittags festgesetzt.

Naumburg. Die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs soll in nachstehender Weise vorgenommen werden: Der Betrieb wird vormittags eine Stunde später einsetzen und abends eine Stunde eher aufhören. Die Wagen werden nicht mehr in 10-Minuten-, sondern nur noch in 20-Minutenfolge verkehren. Der neue Fahrplan wird noch besonders bekanntgegeben werden.

Zeitz. Schweineschlachtungen beeilen. Wie wir vom Rathause erfahren, steht in Kürze ein Verbot bevor, Hausschlachtungen fernerhin nicht zu genehmigen. Es wird deshalb zweckmäßig sein, daß alle Hausschweine möglichst bald abgeschlachtet werden. Für die bereits seit längerer Zeit gemeldeten Schweine wird vermutlich auf die Einhaltung der dreimonatigen Mastzeit verzichtet werden.

Ein großer Lebensmittelprozeß.

In einem vielstündigem Prozeß wurde gegen den Versicherungsinspektor Rühle, den Kaufmann Just, den Prokuristen Söder und den Kaufmann Bruno Leisring vor dem Landgericht Dresden verhandelt. Letzterer war ehrenamtlich im Ministerium bei der Lebensmittelverteilung tätig. Rühle, der schon wegen Rückfallbetrugs vorbestraft ist, kam im Sommer 1917 zu L. und bot ihm nacheinander Dynamit, Kakaopulver und kostbarstes Hühnereiweiß in großen Posten zum Kaufe an. Dabei sagte er ihm allemal nur eine kleine Probe vor, erreichte es aber dennoch, daß L. größere Geldsummen, im ganzen 55 000 M., als Vorschuß zahlte. Dabei hatten beide keine Handelserlaubnis für Lebensmittel. Just bot mehreren hiesigen großen Zucker- und Schokoladenwarenfirmen das Olivenöl und das Kakaopulver für 138 000 Mark an. R. will einen Posten Kakaopulver von 40 Zentnern in Magdeburg erstanden haben und bot es L. für 6 Mark pro Pfund an. Q. offerierte es weiter an hiesige große Geschäfte für 12 M., trotzdem Kakaopulver schon längst beschlagnahmt war. Die Einkaufsgesellschaft für Ostsachsen verlangte aber eine Bescheinigung, daß es beschlagnahmefrei sei. Diese konnte nicht beigebracht werden, deshalb zerschlug sich der Handel, ebenso auch beim Stadtrat Arras. Da L. schon so große Geldsummen an R. gegeben hatte, wollte er nun auch das Oel und das Kakaopulver sehen. Nach mehreren Reisen L.s stellte sich heraus, daß weder Olivenöl noch Kakaopulver existierten. L. ist 55 000 Mark und seine Stellung beim Ministerium losgeworden und hat auch 7 Wochen in Haft gesessen. Wegen Preissteigerung und unlauterer Machenschaften wurden verurteilt: Just, Söder und Leisring zu je 10 000 M. Strafe oder einem Jahre Gefängnis, Rühle wegen Rückfallbetrugs zu drei Jahren Zuchthaus und 12 000 Mark Geldstrafe oder weiteren sechzehn Monaten Zuchthaus.

Kleines Feuilleton.

Zwei Jahrhunderte Schutzimpfung. Die Schutzimpfung hat sich erst im Lauf des 19. Jahrhunderts durchgesetzt und ist ausgehend von der Pockenimpfung zu einem weitreichenden und vielseitigen Verfahren nicht nur zur Bewahrung, sondern auch im Kampf gegen viele Krankheiten geworden. Tatsächlich aber kann, wie ein Aufsatz in der Frankfurter Wochenschrift Umschau nachweist, die Pockenimpfung in diesem Jahr schon auf das stattliche Alter von 200 Jahren zurückblicken. Ihre erste Anwendung war freilich mehr eine Episode, die zwar damals einen kräftigen Anstoß erteilte, aber doch nicht zu einer planmäßigen Entwicklung führte. Die Frau des damaligen englischen Gesandten in Konstantinopel, Lady Montagu, die sich übrigens einen berühmten Namen als Schriftstellerin durch mehrere in Briefform verfaßte Werke gemacht hat, kam 1717 gelegentlich einer Blatternepidemie in der Türkei auf den Einfall, ihren Sohn mit Pockengift impfen zu lassen. Sie stützte sich bei diesem Versuch, der ohne Zweifel damals in ihrer ganzen Umgebung als ein Gipfel der Verrücktheit betrachtet wurde, auf die Bekundung, daß eine solche Impfung zum Schutz gegen die Pocken schon bei den Griechen mit Erfolg gebräuchlich worden wäre. Außerdem hatte sie davon gehört, daß man in Indien Kinder in die Hemden von Pockenkranken hüllte, wodurch sie zwar eine leichte Erkrankung erlitten, aber vor der eigentlichen schweren Krankheit geschützt werden sollten. Die Frau war von dem Erfolg bei ihrem Sohn derart überzeugt, daß sie einige Jahre später in England begeistert für eine Schutzimpfung eintrat und es durch ihren großen Einfluß auch erreichte, daß die Schutzimpfung geradezu Mode wurde. Sie hatte aber noch keinen Bestand, hauptsächlich wohl, weil die wissenschaftlichen Grundlagen und die unerläßliche Sorgfamkeit in der Behandlung noch fehlten. Es ist zu wenig bekannt, daß dann später zwei Deutsche, der Amtmann Böse und der Schulmeister Plett in Holstein, zuerst wieder für die Schutzimpfung eintraten, also als Vorläufer des englischen Arztes Jenner zu schätzen sind, der vom Jahr 1798 dies Verfahren auf eine neue Grundlage stellte, indem er den Impfstoff von pockenkranken Kühen entnahm, nachdem er beobachtet hatte, daß die Kuhmägde in auffälliger Weise von der Krankheit verschont blieben.

•

Der eiserne Berg im Alpenland. In der schönen Steiermark heißt eine der Alpenketten die Eisenerzer Alpen, die sich bis zur Höhe von mehr als 2100 Meter erheben. Auf ihrer Nordseite liegt der 1534 Meter hohe Erzberg, und dem benachbarten Prebichelpaß, der den östlichen Ausläufer der Kette in 1227 Meter überschreitet, fließt der Erzbach nach Nordwesten zur Enns. Unterhalb dieses Passes und des Erzberges liegt das Städtchen Eisenerz. Selbst ein Blinder würde demnach auf einer Reise durch diese Landschaft wahrscheinlich nicht umhin können, nach den Mineralschätzen zu fragen, die hier die geographische Namengebung so auffällig beeinflußt haben. Es ist in der Tat eines der ältesten Gebiete der Eisengewinnung in ganz Europa, wo nach vorgeschichtlichen Funden die Eisenzeit ihre frühesten Anfänge erlebte. Wahrscheinlich fanden bereits die alten Römer auf ihren Eroberungszügen hier einen Bergbau vor, den sie dann nach Kräften ausnutzten als Bezugsquelle für die von ihnen ja in so großer Zahl benötigten Schilde und Schwerter. Es gehörte auch keine mühevolle und auffällige Entdeckung dazu, den Erzgehalt dieser Berge nachzuweisen, denn nächst den viel später berühmt gewordenen Gegenden des hoch nordischen Lappland, gibt es keinen Platz in ganz Europa, wo wie hier ein ansehnlicher Berg fast ganz aus hochwertigem Erz zusammengesetzt wäre. Dementsprechend leicht ist auch die Gewinnung des Erzes, die eine Anlage von Stollen und Schächten erübrigt, den unentbehrlichen Stoff vielmehr im Tagebau frisch von der Oberfläche weg liefert. Eine Denkfäule auf dem Erzberge zeugt davon, daß ein eigentlicher Abbau hier schon vor mehr als 1200 Jahren begonnen hat, aber erst am Ende des Mittelalters nahm er größeren Umfang an, und zu einem großartigen Maßstab gelangte er erst seit einigen Jahrzehnten. Nach einer Schilderung, die Prof. Alois Schwarz in der Frankfurter Wochenschrift Umschau gibt, wird der Erzberg jetzt vom Fuß bis fast zur Spitze bearbeitet und ähnlich wie bei den eisernen Bergen von Lappland sieht man die ganze Höhe durch den Bergbau in Stufenwerke geteilt, die in 54 mächtigen Stufen von 15—17 Meter Höhe aufsteigen. Jeden Tag blutet der Berg aus drei bis vierhundert Wunden, die ihm mit dem Gesteinsbohrer beigebracht werden. Viermal täglich erfolgen dann die Sprengungen, die durch Hornsignale der ganzen Belegschaft angekündigt werden. Die 4000 Arbeiter verschwinden dann schleunig in schützende Schlupfwinkel, und bald darauf erdröhnt der ganze Berg wie von einem Trommelfeuer, daß die abgesprengten Erzstücke Kilometerweit herumschleudert. Selbstverständlich führt zu jedem Stockwerk ein Schienenweg, und die Eisenbahn befördert das Erz weiter zu den Röstöfen. In diesen wird sein Eisengehalt von 40 auf 50 Proz. erhöht. Große Förderbahnen mit Drahtseilanlagen führen es weiter nach den Hochöfen. Steht das Erz in seiner Wertigkeit hinter dem der Lappländischen Berge erheblich zurück, so übertrifft es darin doch die lothringischen Erze insbesondere der diesseits der bisherigen Grenze gelegenen Lager. Wie stark der Abbau in den letzten 50 Jahren zugenommen hat, lehrt die Tatsache, daß damals erst 100 000, jetzt aber 2 Millionen Tonnen Erz jährlich gewonnen werden, um nicht weniger als 20 Millionen Kubikmeter Gestein wird der Erzberg jährlich kleiner. Dennoch ist an seiner Form und seiner Höhe noch kaum eine Veränderung zu merken, so daß er jedenfalls noch auf Jahrhunderte hinaus vorhalten wird.

•

Ein ausgerottetes Tier. Der Steinbock, einst ein häufig verbreitetes Edelwild der Alpen ist heute zum Museumstier geworden. Schon im 16. Jahrhundert war er in Graubünden selten geworden, dann nahm er auch in Salzburg und in Tirol ab. Länger erhielt er sich in den Berner Alpen, am besten in den Walliser Alpen, in den Wildnissen um die höchsten Gipfel des Gebirges, um den Mont Blanc und Monte Rosa, wo sich seine letzten Vertreter bis in die Gegenwart erhalten haben. Ueber die Ursachen dieses Aussterbens ist man sich nicht restlos klar. Sicherlich ist eine von ihnen die Jagd gewesen. Immerhin dürfte die Jagd, besonders in früheren Zeiten kein genügender Grund für das Hinschwinden des Steinbocks gewesen sein. Man hat daher noch nach anderen Ursachen gesucht, die man schon deswegen ergründen möchte, um die Aussichten für eine Schonung und neue Vermehrung des Tieres zu verbessern. Viel Schuld hatte jedenfalls die im 17. und 18. Jahrhundert allgemein ausgebehnte Rodung der Bergwälder. Tatsächlich ist der Steinbock übrigens so gut wie ausgestorben. Auf italienischem Gebiet befindet sich noch eine Kolonie im Besitze des Königs von Italien. Der König hat nie in eine Abgabe von Tieren, auch nicht für Einbürgerungszwecke, eingewilligt. Nur auf indirektem Wege sind gelegentlich Tiere tot, seltener lebendig herausgekommen. So wurden sie vereinzelt auch lebend an Tiergärten verkauft, wo sie aber entweder bald zugrunde gingen oder nur zu Kreuzungen verwandt werden konnten. Der Steinbock kreuzt sich nie mit der Gemse, dagegen gern mit der Hausziege, und die Bastarde sind lebensfähig und fruchtbar. Solche Zuchtversuche wurden oft angestellt, und man hat auch gewagt, die Nachkommen in die freie Natur auszusetzen. Immer hat sich leider die mangelnde Eignung der Bastarde zur Einbürgerung im Gebirge gezeigt, abgesehen davon daß sie überhaupt nur ein Ersatz und keine echten Steinböcke waren. Vereinzelten Jahren gelang es, wie die Natur berichtet, einigen Tierfreunden, mehrere jungen Tiere verschiedenen Geschlechts gleichzeitig zu erhalten, die in dem durch sie zu einer europäischen Sehenswürdigkeit gewordenen Wildpark von Peter und Paul bei St. Gallen untergebracht wurden und dort so sorgfältig gepflegt und aufgezogen werden konnten, daß sie sich zu kräftigen Tieren entwickelten und vermehrten. Durch gelegentlichen Nachschub von frischen Tieren aus der Freiheit. erhielt sich die Kolonie so entwicklungsfähig, daß man bald daran denken konnte, einzelne Paare aus derselben abzugeben. Ein erster Versuch mit der Aussetzung von Tieren in die freie Natur wurde im Freiberg, d. h. im Banngebiet der grauen Hörner im St. Galler Oberland gemacht. Sie wurden zuerst in einer Umzäunung am Bergwald gehalten und gefüttert, setzten sich aber bald selbst in Freiheit, machten in den ersten Monaten gelegentlich von der Fütterung durch den Wildhüter nach Gebrauch und verwilderten dann bald völlig. Sie haben sich gut gehalten und auch schon mehr als einmal vermehrt, ebenso auch bereits im Kanton Graubünden. So ist zunächst wenigstens für die Schweizer Alpen der Steinbock als einheimisches festes Tier wieder in sicherer Aussicht gestellt. Selbstverständlich ist die Jagd verboten und mit hohen Strafen belegt. Der Naturfreund, der heute den Steinbock durch ein Fernglas erblickt, oder ihn gar vor die Kamera bringt, darf ebenso stolz auf diese Begegnung sein, wie einst der Jäger, dem er vor die Büchse kam.

•

Staatlich vermittelte Verbrecherehen. Auf sonderbare Weise sorgen die französischen Behörden dafür, daß unverheiratete Verbrecherinnen, die heiratslustig sind, in den heiligen Stand der Ehe treten können. Als Ehemänner werden ihnen Verbrecher angetragen, die auf Lebenszeit nach der Strafkolonie Neukaledonien ausgewiesen sind. Jedes halbe Jahr wird in den französischen Frauengefängnissen bekannt gemacht, daß diejenigen Insassinnen, die sich mit einem Ausgewiesenen zu verheiraten wünschen, sich bei der Direktion melden können. Sie müssen sich verpflichten, den Rest ihres Lebens in Neukaledonien zuzubringen, sofern ihr Partner nicht eine begnadigt werden sollte. Sobald sie in der Kolonie angelangt sind, erhalten sie einen Freipaß, und der Gouverneur wählt ihnen ihre Gatten unter denjenigen Verbrechern aus, die sich am besten führen. Auch eine kleine Aussteuer billigt der Staat dem Verbrecherehepaar zu. Es ist stets große Nachfrage nach Frauen in Neukaledonien, denn es gibt — gewiß ein Unikum! — dreimal soviel heiratslustige Männer wie Frauen unter den französischen Verbrechern.

So hat ein jeder seinen Kummer ...

Von D. Aisman. Deutsch von Werner Peter Larsen.

6] (Nachdruck verboten.)

„Das wäre allerdings möglich," pflichtete der Stadthauptman bei. „Schließlich ist der chilenische Konsul ja auch kein Ferkel."

Lasar Mironowitsch aber, der dies Gespräch im Grunde ohne eigentliche Absicht begonnen hatte, schöpfte plötzlich neue Hoffnung.

Vielleicht —?

Wenn es nun glückte —?

Vielleicht bekam er mit Hilfe des Stadthauptmanns seine Amtstracht doch? Er mußte es wagen ...

„Exzellenz," sagte er, die Hand aufs Herz gepreßt ... „Exzellenz werden zugeben, daß ein Frack direkt unmöglich ist. Mögen sie das da drüben halten, wie sie wollen, aber wir sind doch mal in Rußland.... Hundertundsiebzig Millionen getreuer Untertanen — ein Kaiser — der mächtigste der Welt .... aus diesen Gründen allein schon gebührt dem Konsul eine Amtstracht!"

Um der Exzellenz schlaffe, faltige Mundwinkel glitt ein merkliches Zucken. Der Adjutant jedoch, der neben ihm saß, hörte aufmerksam zu und sah gespannt bald die Exzenz, bald den Konsul an.

„Exzellenz," fuhr Lasar Mironowitsch fort, und die einmal gefaßte Hoffnung befestigte sich mehr und mehr in ihm, „Exzellenz wissen sehr wohl, daß mir Geiz und niedere Habsucht fernliegen. Von jeher dagegen füllten Werke der Nächstenliebe einen großen Teil meines Gedankenkreises aus, wie ich auch stets bflissen war, meine besten Kräfte in den Dienst gemeinnütziger Bestrebungen zu stellen, insbesondere solcher, die sich rühmen dürfen, unter Euer Exzellenz erhabenem Protektorat zu stehen.... Die Gesellschaft zur Errettung Ertrinkender zum Beispiel ... oder die verschiedentlichen von Euer Exzellenz eingeleiteten Sammlungen ... Exzellenz werden zugeben, ich habe für alle eine offene Hand gehabt...."

„Das wollte ich sehr hoffen," sagte Sheltuchin. „Da sollte ja auch der Deubel dreinschlagen ...! Also Sie brauchen eine Amtstracht? Ja, wie denn nun? Was denn nun? Knichosen? Patronentasche? Schleppsäbel?"

„Wie es die Behörde bestimmt.... Mit oder ohne Säbel ... ganz gleich, bloß, daß es nach etwas aussieht ... daß es der Würde entspricht! Schließlich bin ich doch Konsul! Schließlich ... bin ich doch Mitglied des diplomatischen Korps! ... Und selbst Chazkelewitsch, der nur Vizekonsul ist — —"

„Häh?" krähte Sheltuchin, „da liegt also der Hase im Pfeffer! Ja, sehen Sie wohl! Vizekonsul — aber Amtstracht! Und warum? Na, das ist doch klar: er ist eben Königlich belgischer Vizekonsul, Sie aber sind chilenischer Konsul. Zu Belgien gehört nun mal die Amtstracht, weil Belgien ein Königreich ist, Chile aber ist das nicht, und deshalb haben Sie auch keine Tracht .... Verstanden? Dennoch aber," setzte er meckernd hinzu, „dennoch bin ich der Ansicht, daß die Angelegenheit ... hähähä ... sofern ich eben ... hähähä ... darum einkomme, ja gegebenenfalls offizielle Vorstellungen erhebe, sich nach Wunsch wird regeln lassen. ..."

Mit diesen Worten stieß er den verblüfften Konsul grinsend mit dem Zeigefinger vor den Bauch.

„Diplomat! ... Aber da haben Sie allerdings recht, in einem Kaiserreich kann ein Konsul unmöglich im Frack herumlaufen ... wie ein Strauchdieb ... sehr richtig bemerkt, ja, ... Ein Skandal, im Grunde genommen ..."

„Ich wäre Euer Exzellenz ganz überaus dankbar ..."

In diesem Augenblick ertönte das Klingelzeichen.

Die Musiker griffen zu den Instrumenten.

„Was ist denn da los?" brüllte Sheltuchin. „Wir haben Zeit. Man soll warten ..."

Aber dann fiel ihm ein, daß der heutige Abend und vor allem die Galavorstellung sich zu Lärmszenen doch nicht recht eigneten, und er schwieg und ließ geschehen.

„Schieß los," wandte er sich an den Konsul, und sein Ton war der alte liebliche Ton des Kasernenhofs. „Sei nur unbesorgt. Ich will deine Sache schon führen."

Als der Konsul auf seinen Platz zurückkehrte, fand er seine Frau verstört und bleich, noch bleicher fast, als der kostbare Seidenschal, der ihre Schultern umfloß.

„Hat er dich angeschrien? Heruntergemacht?" stieß sie hastig hervor.

Der Konsul verzog die Mundwinkel und sah geringschätzig auf das einfältige Weib herab.

„Angeschrien ... Wie soll er mich denn anschreien? ..."

„Na, er ist doch verrückt. Er ist doch ein reißendes Tier."

„Er ist eine Seele von Mensch," sagte der Konsul nachdrücklich. „Verrückt sind die, die da behaupten, er sei verrückt."

Und graziös mit dem goldenen Damenschuh spielend, der über der Weste bummelte, fuhr Herr Zipkes fort:

„Vertreter auswärtiger Mächte schreit man nicht an. Die Zeiten waren einmal. Was bin ich denn? Bin ich etwa eine Privatperson? Oder ein Untertan? Oder ein erstbester Kaufmann? Oho! Die geringste Achtungsverletzung — und ich setze mich hin und richte eine Beschwerde an den Minister des Aeußern..... Das könnte mir gerade noch passen! Versteht du das denn nicht? ... Oder glaubst du noch immer, du seiest ein ganz simples Judenweib? Nein, meine Liebe! Dein Mann ist Mitglied des diplomatischen Korps! ... Aber, was den Stadthauptmann anbetrifft, so kannst du glauben, was ich dir sage: er ist eine Seele von Mensch."

Und an die Gigantenschultern Klara Moiffejewnas gelehnt, flüsterte er, da im selben Augenblick das Orchester einsetzte, laut hinzu:

„Er selbst nimmt alles in die Hand. Er wird meine Sache führen. Er reicht noch morgen das Gesuch ein ... namens der russischen Regierung ..."

Und den Blick ins Parkett gerichtet, wo mit den blauen Hosen und dem gestickten Rock degengewappnet Herr Chazkelewitsch, der belgische Vizekonsul, saß, dachte Lasar Mironowitsch bei sich im stillen, Chazkelewitsch ... oho, dem werde er schon bald auf den Kopf spucken! — Tausendmal schöner als dieser fade, belgische Plunderkram werde doch die Amtstracht des Konsuls von Chile sein! ...

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171222-16/fragment/page=0006